

„Früher stand Science Diplomacy für Brückenbauen – auch über politische Gräben hinweg. Heute ist das anders. Forschungssicherheit, Wertebindung und Resilienz sind dauerhafte Leitprinzipien.“
DFG-Präsidentin Katja Becker

Research.Table Whitepaper zur Serie

Science Diplomacy im Wandel

Was hat sich verändert?
Was ist zu tun?



TABLE

Table.Briefings



Table.Briefings

Table.Media Professional Briefings

Herausgeber: Sebastian Turner, Antje Sirleschtov | **Geschäftsführung:** Jochen Beutgen, Dr. Thomas Feinen |
Chefredaktion: Michael Bröcker, Dr. Helene Bubrowski, Till Hoppe (v.i.S.v. § 18 Abs. 2 MStV)

Table Media GmbH · Wöhlertstraße 12-13 · 10115 Berlin · Deutschland, Telefon +49 30 30 809 520, Amtsgericht
Charlottenburg HRB 212399B, USt.-ID DE815849087

Fragen zu redaktionellen Inhalten: chefredaktion@table.media; Kundenservice: service@table.media

Wir nutzen Bildmaterial von DAAD/Zeit; DAAD/Böll; DFG / David Ausserhofer; redphoto; AAAS; OCSA; Krupp-
Stiftung/ Foto: Alex Muchnik; Leopoldina; TUM; AvH; DWIH; Kai Bublitz; UNESCO.

Jetzt kostenlos und unverbindlich testen: <https://table.media/>

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

Science Diplomacy, Wissenschaftsdiplomatie, Außenwissenschaftsdiplomatie sind Begriffe und Konzepte, die derzeit einen tiefgreifenden Wandel durchleben – und stärker denn je ins Zentrum politischer und wissenschaftlicher Debatten rücken. Was lange als „Soft Power“ galt, als behutsames Brückenbauen zwischen Forschungssystemen und Staaten, ist heute ein strategisches Handlungsfeld in einer Welt zunehmender geopolitischer Spannungen, technologischer Rivalitäten und globaler Krisen.

Wissenschaft ist längst nicht mehr nur Mittel zum Zweck internationaler Verständigung, sondern selbst Gegenstand machtpolitischer Auseinandersetzungen, sicherheitspolitischer Abwägungen und wertebasierter Entscheidungen.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der eskalierende Systemwettbewerb zwischen den USA und China, die Fragmentierung globaler Wissensräume, aber auch grenzüberschreitende Herausforderungen wie Klimawandel und Pandemien zeigen: Ohne belastbare wissenschaftliche Kooperationen lassen sich viele Probleme nicht lösen – zugleich sind genau diese Kooperationen verletzlich geworden. Vertrauensfragen, Abhängigkeiten und Sicherheitsinteressen prägen heute die Bedingungen internationaler Forschung stärker als noch vor wenigen Jahren. Science Diplomacy muss sich unter diesen Vorzeichen neu erfinden.

Dieses White Paper versammelt Standpunkte, Interviews und Analysen, die von Ende 2024 bis Anfang 2026 entstanden sind und diesen Umbruch aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten. Der *Research Table* hat dafür mit zentralen Akteuren aus Wissenschaft, Politik und Diplomatie gesprochen – in Deutschland ebenso wie international. Sie berichten von neuen Erwartungen an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, von strukturellen Defiziten in der Außen- und Forschungspolitik, von der Suche nach „Like-minded States“, aber auch von den Grenzen wissenschaftlicher Kooperation in Konfliktregionen. Gemeinsam ist den Beiträgen die Einsicht, dass Science Diplomacy heute mehr ist als gute Absicht: Sie braucht klare Strategien, institutionelle Verankerung und neue Rollenprofile.

Zugleich wird deutlich, dass sich das Feld pluralisiert. Neben klassischen staatlichen und wissenschaftlichen Akteuren gewinnen Netzwerke, internationale Organisationen und global operierende Konzerne an Bedeutung. Science Diplomacy wird komplexer – und unverzichtbar.

In der vorliegenden Textsammlung finden Sie kürzlich erschienene Beiträgen zuerst. Das White Paper versteht sich als Beitrag zur Standortbestimmung – und als Einladung, die notwendigen nächsten Schritte zu diskutieren, um Science Diplomacy zukunftsfähig zu machen.

Ihr Tim Gabel,

Redakteur Research Table

Inhaltsverzeichnis

Wissenschaftsdiplomatie – neue Rolle zwischen Ideal und Interessenpolitik	5
<i>Standpunkt von Martin Wählisch (UoB), Tim Flink (vfa) und Jan Lüdert (DWIH NY)</i>	
Indien: „Wir müssen Technologiekompetenz mit Produktionsskalierung verbinden“ . 10	
<i>Interview mit Anandi Iyer (FhG); Text: Amelie Richter</i>	
Science Diplomacy: Wo Politik und Wissenschaft noch Klärungsbedarf sehen	13
<i>Analyse zum Kiwi Policy Talk – Science Diplomacy; Text: Tim Gabel</i>	
Für eine evidenzbasierte Außenpolitik: Warum Science Diplomacy neue Strukturen braucht	16
<i>Interview mit Martin Wählisch (UoB); Text: Tim Gabel</i>	
KI-Diplomatie der DWIH: „Gemeinsame Ziele machen die Zusammenarbeit stabil“	19
<i>Interview mit Ursula Paintner (DAAD/DWIH); Text: Tim Gabel</i>	
„Science Diplomacy ist längst kein Softpower-Thema mehr“	23
<i>Interview mit Katja Becker (DFG); Text: Tim Gabel</i>	
Beispiel Japan: Warum Deutschland sich forschungspolitisch um „Like-minded States“ bemühen sollte	27
<i>Interview mit Joybrato Mukherjee (DAAD); Text: Tim Gabel</i>	
Wissenschaftsdiplomatie: Chancen in einer fragmentierten Welt	30
<i>Interview mit Kim Montgomery (AAAS); Text: Tim Gabel</i>	
Kanadas Chief Science Advisor: Science Diplomacy ist jetzt auch unter Verbündeten unverzichtbar	33
<i>Interview mit Mona Nemer (OCSA); Text: Tim Gabel</i>	
„Wissenschaftliche Kooperation trägt ein Leben lang“	36
<i>Interview mit Ursula Gather (Krupp-Stiftung); Text: Nicola Kuhrt</i>	
„Wir sind weder Politiker noch Diplomaten“	39
<i>Interview mit Ruth Narmann (Leopoldina); Text: Anne Brüning</i>	
Wissenschaftsdiplomatie in Nahost: Warten auf Entspannung	43
<i>Analyse der diplomatischen Situation im Nahost-Konflikt; Text: Markus Weisskopf</i>	
Digitale Zeiten brauchen neue Allianzen: Warum wissenschaftliche Netzwerke unverzichtbar sind	46
<i>Standpunkt von Sofie Schönborn und Urs Gasser (TUM)</i>	

Geopolitik: Warum Science Diplomacy kein stumpfes Schwert ist.....	49
<i>Interview mit Robert Schlögl (AvH); Text: Tim Gabel</i>	
Science Diplomacy Hub: Wo Wissenschaft auf globale Diplomatie trifft	52
<i>Interview mit Ona Ambrozaite (JHU); Text: Tim Gabel</i>	
„Wir brauchen ein Sonderprogramm Zeitenwendeforschung“	55
<i>Interview mit Christian E. Rieck (UP); Text: Tim Gabel</i>	
Science Diplomacy: Warum es endlich eine Strategie und Science Advisors braucht ..	59
<i>Standpunkt von Tim Flink (vfa)</i>	
Science Diplomacy: Warum es eine neue Wissenschaftsdiplomatie braucht	63
<i>Interview mit Jan Lüdert (DWIH NY); Text: Tim Gabel</i>	
Positionspapier zu Wissenschaftskooperationen: Wo die Unesco Handlungsbedarf sieht.....	67
<i>Interview mit Lutz Möller und Anna-Katharina Hornidge (UNESCO); Text: Tim Gabel</i>	
Was uns der israelisch-palästinensische Konflikt über Wissenschaftsdiplomatie lehrt	70
<i>Standpunkt von Yoran Beldengrün (SIRIS), Ronit Prawer (ISC) und Mahmoud Khwei (JIINNOVATE)</i>	

Die in diesem Reader dokumentierten Beiträge sind zwischen November 2024 und Januar 2026 im Research Table erschienen. Online sind sie hier zu finden: [Science Diplomacy](#)

Wissenschaftsdiplomatie – neue Rolle zwischen Ideal und Interessenpolitik

Science Diplomacy war einst ein Instrument der globalen Zusammenarbeit. Heute ist die Wissenschaft zu einem Schauplatz geopolitischer Rivalitäten geworden. Damit muss auch die Wissenschaftsdiplomatie eine neue Rolle einnehmen.



Experten für Wissenschaftsdiplomatie: Jan Lüdert, Tim Flink und Martin Wählisch.

Als am 17. und 18. Dezember 2025 die dänische EU-Ratspräsidentschaft gemeinsam mit der Europäischen Kommission zur zweiten Europäischen Konferenz für Wissenschaftsdiplomatie einlud, mussten rund 500 führende Vertreterinnen und Vertreter aus Forschung und Politik in Kopenhagen einer unbequemen Wahrheit ins Auge blicken: Die Zeiten müheloser internationaler Wissenschaftskooperation sind vorbei.

Die Suche nach neuen Antworten. In einer Welt, in der zunehmend die Machtpolitik einzelner Staaten und privater Tech-Oligarchen den Takt bestimmt, steht die Wissenschaftsdiplomatie, deren Mantra lange Zeit „Wandel durch Austausch“ lautete, unter dem Druck, neue Antworten zu liefern. Wissenschaftlicher Austausch muss sich zunehmend geopolitischen Interessen beugen, während technologische Souveränität zur Überlebensfrage liberaler Demokratien stilisiert wird.

Denn Wissenschaft ist maßgeblich für die Entwicklung von Schlüsseltechnologien verantwortlich, deren Besitz noch mehr als je zuvor internationale militärische und wirtschaftliche Souveränität garantiert.

Noch vor zwei Jahrzehnten waren die Aussichten internationaler Forschungszusammenarbeit rosig. Austauschprogramme, internationale

Forschungsprojekte, Ableger etablierter Universitäten im Ausland, gemeinsame Ausschreibungen und transnational etablierte Forschungsinfrastrukturen auf Grundlage des Völkerrechts galten als Treiber von Wissen, Innovation und kosmopolitischer Wertevermittlung.

Diese Verknüpfung staatlicher Strategien mit grenzüberschreitender wissenschaftlicher Kooperationsbereitschaft begründete auch die Konjunktur von „Science Diplomacy“.

Der Diskursbegriff Science Diplomacy ist eine US-amerikanische Erfindung. Blickt man etwas näher auf diese Konjunktur, so führte diese die US-amerikanischen Demokraten in den öffentlichen Diskurs ein: zunächst Bill Clinton und später Barack Obama. Wissenschaft sollte ein freundlicheres Bild amerikanischer Außenpolitik vermitteln, eine „soft power“ (Joseph Nye) sein, insbesondere nachdem die USA durch vorherige Militärinterventionen international an Ansehen verloren hatten.

Um die Jahrtausendwende galt Science Diplomacy als Symbol einer globalisierten Ordnung. In dieser war wissenschaftliche Kooperation Motor für Innovation und zugleich Pfeiler des liberalen Internationalismus. Auch in Europa erfreute sich Science Diplomacy schneller semantischer Verbreitung. Großbritannien unter Tony Blairs Amtszeit gilt als Vorreiter, die Schweiz, Deutschland und Frankreich folgten recht schnell mit ähnlichen Strategien und Programmen – von der ersten Internationalisierungs- und Hightech-Strategie über Swissex und die Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäuser.

Schließlich erhielt auch die Europäische Union durch den Vertrag von Lissabon 2009 die Möglichkeit, Forschungs- und Außenpolitik enger zu verzahnen, um so auf globale Herausforderungen gemeinsam zu reagieren.

Doch diese Euphorie scheint verflogen. Nach dem Arabischen Frühling, der Niederschlagung demokratischer Bewegungen in der Türkei, Enthüllungen über breit angelegte chinesische Spionageaktivitäten an westlichen Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie nach Russlands Angriff auf die Ukraine erklärte mancher Beobachter die Wissenschaftsdiplomatie sogar für tot. „So viel zum Wandel durch Austausch“, mag mancher resigniert gedacht haben.

Tot ist Science Diplomacy jedoch nicht – sie wandelt sich nur. Aus einem Werkzeug idealistischer Brückenbauer wird ein geopolitisches Instrument. Mit dem Aufstieg disruptiver Technologien, künstlicher Intelligenz, Quantencomputing und neuer Materialien muss sich Wissenschaftsdiplomatie wandeln: Denn Wissenschaft als Urheberin dieser Technologien wird zur strategischen Ressource im globalen Wettbewerb um Souveränität, wirtschaftliche Stärke und digitale Sicherheit.

Damit steht Wissenschaft heute nicht länger einzig für grenzüberschreitende Kooperation, sondern zunehmend für Konkurrenz. Die großen Machtblöcke – die USA, China und die EU – ringen um Innovationsführerschaft und deren Kontrolle.

Vor allem, weil die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Nutzung verschwimmen:

So steigern Drohnen etwa die landwirtschaftliche Effizienz und verändern gleichzeitig die Kriegsführung. Mit Sensorik und Gesichtserkennung kann das Smartphone entsperrt oder Überwachungstechnologien auf eine neue Dimension gehoben werden. Quantentechnologien steigern in bestimmten Anwendungsfeldern die Rechenleistungen um ein Vielfaches, im Sicherheitsbereich bieten sie allerdings gefährliche Ver- und Entschlüsselungsfähigkeiten.

Da Forschung für diese dualistisch einsetzbaren Technologien direkt Verantwortung trägt, erfährt Science Diplomacy eine neue Bedeutung. Wenn mit 90 Staaten mittlerweile mehr Autokratien als Demokratien existieren, muss sie realpolitische Antworten in den internationalen Beziehungen finden: in Ministerialbüros, Forschungs- und Förderorganisationen, in Vorstandsetagen von Technologiekonzernen, auf Konferenzen und bei Gipfeltreffen.

Überhaupt zeigt sich: Science Diplomacy findet nicht nur in Außen- und Forschungsministerien sowie den Institutionen des öffentlichen Wissenschaftssystems statt. Sie beschäftigt zunehmend auch Konzerne und Stiftungen, die sich leichter der staatlichen Rechenschaft entziehen können. Damit verschiebt sich die Machtbalance, und es drängt sich die Frage auf: Wer partizipiert an strategisch wichtigen Fragen der Science Diplomacy, wer bestimmt die Regeln, und wer bleibt außen vor?

Diese Suche zeigt sich in den Arbeiten der Leitheuristiken von Science Diplomacy, die jüngst überschrieben wurden. Prestigeinstitutionen wie die [Royal Society](#) oder die [AAAS](#) verschieben ihren Schwerpunkt von offener Kooperation hin zu stärker interessen geleiteter Strategie. Die Europäische Union wiederum fordert in ihrem [Bericht von 2025](#), dass Forscher selbst mehr diplomatische Kompetenzen entwickeln sollten – mehr Verhandlungsgeschick und zugleich kulturelle Sensibilität –, um sich in Entscheidungsprozessen behaupten zu können.

Gemäß dem Motto: jeder internationale wissenschaftliche Disput, jede transnationale Förderentscheidung kann zum Politikum werden. Zugleich setzt die Europäische Union stärker auf die vermittelnde Kraft der Wissenschaftsorganisationen, wohl ahnend, dass auf die Stabilität von Regierungsinstitutionen in vielen Staaten in Zukunft weniger zu rechnen sein wird.

Auch der globale Süden betritt die Bühne. Das erweiterte BRICS-Bündnis nutzt Forschungskoooperation aktiv als Hebel geopolitischer Neuordnung. Beim Gipfel 2024 in Russland wurden gemeinsame Investitionen in KI, Energie, Biotechnologie, Quantentechnologien und Raumfahrt verabredet – ein klares Signal wachsender forschungs- und innovationspolitischer Eigenständigkeit.

Mithin zeichnen sich vier globale Trends in der Science Diplomacy ab:

1. Geopolitische Polarisierung verwandelt Wissenschaft in ein Sicherheits- und Machtinstrument. Nationale Interessen verdrängen offene Kooperation, technonationalistische Strategien breiten sich aus.

2. Technologischer Fortschritt überholt die Regulierung. Laut dem **AI Index Report 2025** entstammen 90 Prozent relevanter KI-Modelle privaten Unternehmen – mit nur schleppendem Übergang von Problembewusstsein zu konkretem Handeln.
3. Technologie verändert Diplomatie selbst. Datenanalysten und Entwickler werden zu den neuen Diplomaten, auch wenn ihre Integration in Außenministerien noch zögerlich verläuft.
4. Der globale Wettbewerb um Talente verschärft sich. Angesichts von Konflikten, Fluchtbewegungen und demografischem Wandel wird wissenschaftliches Headhunting für Demokratien zum strategischen Instrument, um Exzellenz und Offenheit zugleich zu sichern.

Wissenschaftsdiplomatie muss sich damit ihrer neuen Realität stellen: Sie kann ihre kosmopolitischen Ideale bewahren, aber nicht länger naiv das Sein im Sollen suchen, sprich auf die Durchsetzungskraft universeller und kosmopolitischer Wissenschaftsnormen setzen. Forschung ist politisch geworden – ob es Wissenschaftler wollen oder nicht – und damit untrennbar mit Machtfragen verknüpft.

Forschende, die internationale Projekte gestalten, benötigen geopolitisches Bewusstsein und diplomatisches Fingerspitzengefühl – nicht nur, um Risiken zu vermeiden, sondern auch, um wissenschaftliche Kooperation zukunftsfähig zu halten. Politik wiederum muss Wissenschaft als strategischen Faktor der Außen- und Sicherheitspolitik begreifen. Chief Science Advisors in diplomatischen Diensten könnten künftig ebenso selbstverständlich sein wie Botschafter und Attachés – als Garanten dafür, dass wissenschaftliche Expertise die Grundlage informierter Entscheidungen bleibt.

Der Druck könnte kaum höher sein. Ohne eine kluge, institutionell verankerte Wissenschaftsdiplomatie drohen globale Anstrengungen in Klima-, Gesundheits- und Technologiepolitik zu scheitern. Doch wenn es gelingt, Wissenschaft systematisch in die Architektur des globalen Entscheidens einzubetten, kann sie Orientierung geben – in einer Welt, die zwischen Kooperation und Konkurrenz noch immer ihre Balance sucht, und einer Wissenschaft, die sich zunehmend ethischen Fragen ob ihrer grenzüberschreitenden Kooperationen stellen muss.

Der Text ist im englischsprachigen Original zuerst in der Fachzeitschrift *Foreign Policy* [erschienen](#).

Tim Flink ist als Manager für Forschungspolitik und Zukunftstechnologien beim Verband der forschenden Arzneimittelhersteller (vfa) tätig. Im Deutschen Bundestag hat er den Abgeordneten Ruppert Stüwe im Forschungsausschuss und Unterausschuss Globale Gesundheit beraten. Zuvor befasste er sich an der Humboldt-Universität zu Berlin und am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) mit Fragen der Wissenschaftsdiplomatie, der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik und Governance.

Jan Lüdert ist Programmleiter des Deutschen Wissenschafts- und Innovationshauses

(DWIH) New York. In vorherigen Stationen bekleidete der Politikwissenschaftler unter anderem die außerordentliche Professur an der City University of Seattle und forschte unter anderem am Ralph Bunche Institute for International Studies am Graduate Center der City University of New York.

Martin Wählisch ist Associate Professor für Transformative Technologien, Innovation und Globale Beziehungen an der Universität Birmingham und befasst sich mit der Entwicklung neuer Methoden und Technologien zur Unterstützung von Mediation und Konfliktprävention. Zuvor leitete er das Innovationsteam bei den Vereinten Nationen in der Policy and Mediation Division der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und Friedenskonsolidierung im UN Sekretariat (UN DPPA).

Indien: „Wir müssen Technologiekompetenz mit Produktionsskalierung verbinden“

Anandi Iyer vom Fraunhofer-Institut in Bengaluru erklärt, weshalb Deutschland Indien als Forschungspartner neu definieren muss und welche Technologien die Modi-Regierung gezielt fördert.



Anandi Iyer ist die Direktorin des Fraunhofer-Büros Indien.

Wie bewerten Sie den aktuellen Stand der wissenschaftlichen und forschungspolitischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Indien?

Die deutsch-indische Wissenschaftskooperation blickt auf eine mehr als 60-jährige Geschichte zurück. Lange Zeit war sie von einer klaren Rollenverteilung geprägt: Deutschland stellte Finanzierung, Expertise und institutionelle Unterstützung bereit, während Indien vor allem Empfänger war.

Heute findet die Zusammenarbeit zunehmend auf Augenhöhe statt. Gemeinsame Plattformen wie das Indo-German Science and Technology Centre (IGSTC) arbeiten mit paritätischer Finanzierung, und deutsche Organisationen wie Max-Planck-, Helmholtz-, DAAD- und Fraunhofer-Einrichtungen sind fest in der indischen Forschungslandschaft verankert. Indien ist nicht mehr nur Abnehmer von Wissen, sondern bringt erhebliche staatliche Mittel ein.

Indien verfügt über sehr starke Kompetenzen in der Grundlagenforschung. Gleichzeitig besteht ein klar identifizierter Nachholbedarf in der angewandten Forschung und im

Technologietransfer, genau in jenen Bereichen, in denen Deutschland besondere Stärken besitzt. Daraus ergibt sich eine strukturelle Komplementarität.

Was hat sich in den letzten Jahren am stärksten verändert?

Über viele Jahre hinweg betrachteten deutsche Unternehmen Indien vor allem als Produktionsstandort und Absatzmarkt, nicht jedoch als Forschungs- und Entwicklungsstandort. Dieses Denken wandelt sich derzeit grundlegend. Immer mehr Unternehmen erkennen, dass nachhaltiger Erfolg in Indien nur mit Technologien möglich ist, die gezielt für den indischen Markt entwickelt werden.

In der Folge entstehen verstärkt sogenannte Global Capability Centers, in denen Wissen und Innovation vor Ort geschaffen werden. Parallel wächst auf beiden Seiten die Einsicht, dass wirtschaftliche Kooperation ohne Wissenschaft und Technologie nicht mehr tragfähig ist. Handel allein reicht nicht aus – technologische Zusammenarbeit ist zur zentralen Grundlage strategischer Partnerschaften geworden.

Die größte Herausforderung liegt dabei in der Frage der Technologiesouveränität. Deutschland möchte sein technologisches Know-how schützen, während Indien mit Initiativen wie Atmanirbhar Bharat (Anm. d. Red.: „Selbstständiges Indien“) gezielt eigene Fähigkeiten aufbauen will. Kooperation erfordert daher klare strategische Abstimmung. Der Bereich Solarenergie verdeutlicht dies: Trotz großer Investitionen sind sowohl Deutschland als auch Indien weiterhin stark von China abhängig. Eine sinnvolle deutsch-indische Zusammenarbeit müsste deutsche Technologiekompetenz mit indischer Produktionsskalierung verbinden – und dies in konkreten gemeinsamen Projekten, nicht nur auf politischer Ebene.

Welche forschungspolitischen Schwerpunkte setzt die indische Regierung?

Indien verfolgt klar definierte, missionsorientierte Programme. Zentrale Felder sind Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Telekommunikation, Halbleiter und Mikroelektronik. Halbleiter gelten als Schlüsseltechnologie, und Indien unternimmt große Anstrengungen, hier verlorenes Terrain aufzuholen. Weitere Schwerpunkte liegen in der Materialforschung – insbesondere bei seltenen Erden und Batteriematerialien –, in Energie- und Klimatechnologien sowie im Gesundheitsbereich.

Der indische Ansatz zur KI ist dabei besonders: Unter den Leitmotiven „AI for all“ und „AI for good“ steht der gesellschaftliche Nutzen im Vordergrund, etwa in Landwirtschaft, Gesundheitsversorgung, Industrie und ländlicher Entwicklung. Ein strukturelles Defizit besteht weiterhin in der Überführung von Forschungsergebnissen in marktfähige Anwendungen.

Wie unterscheidet sich dieser Ansatz vom europäischen, insbesondere im Bereich KI?

Europa und Deutschland im Besonderen begegnen KI mit größerer Zurückhaltung, geprägt durch strenge Datenschutzregime wie die DSGVO. Diese sind wichtig, erschweren jedoch datengetriebene Forschung. Indien geht flexibler mit Daten um, was

Innovation beschleunigt, zugleich aber neue Governance-Fragen aufwirft.

Statt eines Widerspruchs ergibt sich daraus Kooperationspotenzial: Indien bringt Skalierung, Daten und Talente ein, Deutschland industrielle Anwendungsfälle, Ingenieurskompetenz und sichere Datenräume. Notwendig sind gemeinsame Rahmenwerke und Pilotprojekte, die beiden Kontexten gerecht werden.

Wie eng ist die Partnerschaft zwischen Deutschland und Indien bereits?

„Deutsche Technologie“ steht für Qualität und Verlässlichkeit. Gleichzeitig besteht in Deutschland oft noch ein veraltetes Bild Indiens, das die Dynamik und technologische Leistungsfähigkeit des Landes unterschätzt. Strategisch kann Deutschland es sich kaum leisten, nicht mit Indien zusammenzuarbeiten.

Indien ist eine Demokratie, ein zentraler Wachstumsmarkt und teilt grundlegende Werte mit Europa. Allerdings ist das deutsche Engagement in Indien bislang stark fragmentiert. Viele Akteure arbeiten parallel, oft ohne ausreichende Koordination. Eine stärkere Bündelung würde die Wirksamkeit deutlich erhöhen.

Spielen geopolitische Spannungen eine Rolle für die Wissenschaftskooperation?

In der Praxis bleibt die wissenschaftliche Zusammenarbeit stabil. Institutionelle Partnerschaften sind belastbar, und der akademische Austausch wächst. Indische Studierende stellen inzwischen die größte internationale Studierendengruppe in Deutschland. Während die Kooperation mit China zurückgegangen ist, profitiert die deutsch-indische Zusammenarbeit von dieser Entwicklung.

Wie sind Forschungsfreiheit und Rahmenbedingungen in Indien zu bewerten?

Der Trend ist insgesamt positiv. Besonders hervorzuheben ist die Initiative „One Nation, One Subscription“, mit der die indische Regierung landesweiten Zugang zu wissenschaftlichen Zeitschriften finanziert – ein weltweit einzigartiger Schritt. Mit der Anusandhan National Research Foundation (ANRF) werden zudem Forschung und Technologietransfer gezielt gefördert.

Universitäten erhalten mehr Flexibilität, internationale Mobilität wird erleichtert. Trotz vereinzelter kritischer Debatten sind Wissenschaft und Innovation eindeutig strategische Prioritäten der indischen Regierung.

Anandi Iyer ist die Direktorin des Fraunhofer-Büros Indien. Sie verfügt über fast 30 Jahre Erfahrung im Bereich Technologiekoperation und angewandte Forschung & Entwicklung. Ihr Fokus liegt auf transnationaler Zusammenarbeit zwischen Industrie und Forschungseinrichtungen in Indien und Europa. Sie ist mehrfach ausgezeichnet, jüngst wurde sie als eine der 75 führenden Frauen in Wissenschaft und Technologie durch die indische Regierung und die Britische Hochkommission nominiert. 2024 hat sie das Bundesverdienstkreuz am Bande erhalten.

Science Diplomacy: Wo Politik und Wissenschaft noch Klärungsbedarf sehen

Im Dezember brachte der Kiwi Policy Talk Regierungsvertreter und Wissenschaft zu Bestandsaufnahme und Ausblick beim Thema Science Diplomacy zusammen. Die Akteure sind sich einig, dass man neu justieren muss, ringen aber um ihr Rollenverständnis.



Auf dem Podium: Jens Hermsdorf, Ruth Narmann, Anke Reiffenstuel, Matthias Oel und Moderatorin Sandra Pfister.

Internationale Wissenschaftskooperation galt lange als politikferner oder zumindest vorpolitischer Raum. Diese Annahme wird zunehmend infrage gestellt. Das könnte das passende Fazit zum [Kiwi Policy Talk](#) „Science Diplomacy 2025 – Aktuelle Tendenzen und Herausforderungen“ sein. „In einer Zeit, in der sich internationale Machtverhältnisse neu ordnen und nationale Interessen in vielen Staaten an die erste Stelle rücken, ist Science Diplomacy wieder zu einem strategisch bedeutsamen mehrdimensionalen Handlungsfeld geworden“, sagte Michael Harms, stellvertretender Generalsekretär des DAAD, zur Eröffnung.

Kooperation werde selektiver, risikobewusster und politischer – ohne jedoch ihre wissenschaftliche Eigenlogik aufzugeben. Die zentrale Verschiebung aus seiner Sicht: Nicht jede Zusammenarbeit ist automatisch wünschenswert. Hochschulen müssen „genauer prüfen, mit wem und unter welchen Bedingungen sie zusammenarbeiten wollen“. Das Beispiel China stehe paradigmatisch für diese neue Ambivalenz zwischen

Erkenntnisinteresse und politischer Verantwortung.

Wissenschaft und Politik verfolgen unterschiedliche Logiken. Ein wiederkehrendes Motiv des Kiwi Policy Talk ist die Suche nach einem gemeinsamen Verständnis zwischen Wissenschaft und Politik: „Science Diplomacy ist kein politisches Steuerungswerkzeug, sondern eine Verständigungspraxis, die Wissenschaft und Politik miteinander ins Gespräch bringt“, sagte Harms. Entsprechend verstehe sich der DAAD als „orientierungsgebender Mittler zwischen Politik und Wissenschaft“.

Realität: Abwägung zwischen reiner Lehre und Pragmatismus. Ruth Narmann von der Leopoldina formulierte noch grundsätzlicher: „Wissenschaft und Politik verfolgen unterschiedliche Ziele und haben eine komplett eigene Logik.“ Wissenschaft sei langfristig, international und erkenntnisorientiert, politisches Handeln hingegen interessengeleitet und kurzfristiger. Problematisch werde es dort, wenn eine Seite der anderen die eigene Logik aufzuzwingen versuche.

Die Konsequenz: Science Diplomacy könne nur als kontinuierlicher Austausch zweier Systeme funktionieren – nicht als Top-down-Ansage oder als „one size fits all“-Rezept. Grundlegendes Verständnis und Aufgabe der Wissenschaft sei es, Kommunikationskanäle offenzuhalten; „das war immer die Devise“.

Auch Anke Reiffenstuel vom Auswärtigen Amt will keine „Einbahnstraße“ aus Richtung der Politik. Der entschiedenen Abgrenzung der Wissenschaft von einer politischen Logik entgegnete sie allerdings, dass am Ende nicht der Eindruck entstehen dürfe, „Wissenschaft wolle Erkenntnisgewinn und Kooperation, während die Politik dies abwehre“.

Am Beispiel China erklärte sie: Es geht nicht um weniger Zusammenarbeit, sondern um eine andere, bewusstere Form. Wenn Wissenschaft darauf hinweise, dass Politik verstehen müsse, wie Wissenschaft funktioniere – müsse aber auch die Wissenschaft nachvollziehen und respektieren, wie Politik arbeite und welche außenpolitischen Wirkungen wissenschaftliches Handeln habe. Kooperationen mit China hätten Konsequenzen, mit denen sich die Wissenschaft auseinandersetzen müsse. Genau darüber führe man derzeit einen Dialog, der sich aus ihrer Sicht aber auf einem guten Weg befinde.

„Kein Gegensatz“: Aufeinander eingehen und unabhängig bleiben. Aus seiner vorherigen Position beim Joint Research Center der EU-Kommission nahm Matthias Oel, Leiter der neu strukturierten Abteilung I „Internationales und Europa“ im BMFTR, den Leitspruch „Science for Policy“ mit. Es gehe für die Wissenschaft darum, mit der politischen Ebene zu reden und deren Prioritäten kennenzulernen.

In einem solchen Austausch und der Forschungsfreiheit sieht Oel „keinen Gegensatz“. Die Wissenschaft habe völlig recht, wenn sie sich als unabhängigen Partner sieht und auch Wert darauf lege, dass Grundlagenforschung „bottom up“ passiere. „Ich glaube, daneben müssen wir uns aber darüber unterhalten, wo es politische Interessen und Prioritäten gibt und wofür dann auch das öffentliche Geld eingesetzt wird.“

Wissenschaftler und Hochschulen entscheiden bewusster. Aus Sicht der Hochschulen schlägt sich diese Ambivalenz zwischen Wissenschaftsfreiheit auf der einen und politischer Prioritätensetzung auf der anderen Seite konkret in wachsender Selektivität nieder. Jens Hermsdorf, Präsident der HWR Berlin, beschrieb eine klare Differenzierung: In MINT-Fächern sei man „deutlich zurückhaltender, als wir das vielleicht vor fünf oder sechs Jahren gewesen sind“, während allgemeinere Austauschformate eher fortbestehen würden.

„Swing States“ und flexible Bündnisse werden relevanter. Einig sind sich alle Akteure bei der Beobachtung, dass jenseits der großen Systemrivalitäten und -bündnisse sogenannte „Swing States“ stärker in den Fokus rücken. Länder wie Indien oder Brasilien lassen sich keiner klaren Einflussosphäre zuordnen – und gewinnen gerade deshalb an strategischer Bedeutung. Zudem seien auch die politischen Verhältnisse bei sicher geglaubten Wertepartnern wie den USA zunehmend volatil.

Starre Kategorisierungen vermeiden. Wissenschaft könne „in ihrer Unabhängigkeit mit interessanten wissenschaftlichen Akteuren zusammenarbeiten und Brücken bauen“, unabhängig davon, ob ein Land als Swing State etikettiert werde, sagte Anke Reiffenstuel. Der Begriff sei zudem missverständlich, weil sich viele Staaten eben nicht mehr an geopolitischen Blöcken ausrichten würden und zwischen diesen hin- und herpendeln, sondern ihrer eigenen Logik folgen. Der Begriff „Like-minded States“ sei für flexiblere Bündnisse geeigneter.

Das Anwerben und Halten internationaler Talente wird zu einem zentralen Hebel der Science Diplomacy. Nicht nur als Begleiterscheinung von Mobilitätsprogrammen, sondern als strategisches Instrument von Standort-, Innovations- und Außenpolitik. „Wir müssen die besten Köpfe anwerben, auch weil wir ein demografisches Problem haben“, sagte Ruth Narmann. Man müsse dabei allerdings weniger national als vielmehr europäisch denken und internationalen Wissenschaftlern mit der Blue Card direkt den Zugang zu einem Binnenmarkt von rund 400 Millionen Menschen öffnen. So sei man auch quantitativ konkurrenzfähig zu den USA.

Für eine evidenzbasierte Außenpolitik: Warum Science Diplomacy neue Strukturen braucht

Der Ex-UN-Diplomat und Juniorprofessor Martin Wählich fordert ein neues Verständnis von Science Diplomacy: Es gehe nicht um Forschungsaustausch, sondern um die strategische Nutzung wissenschaftlicher Methoden in der Außenpolitik.



Spricht sich für eine gezielte Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse für außenpolitische Entscheidungen aus: Martin Wählich.

Martin Wählich plädiert für ein grundsätzlich neues Verständnis von Science Diplomacy. Für ihn bedeutet sie nicht bloß internationalen Austausch unter Forschenden, sondern „die gezielte, methodische Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse für außenpolitische Entscheidungen“. Diplomatie, sagt Wählich im Gespräch mit *Table.Briefings*, dürfe nicht länger auf Intuition und Opportunitäten beruhen, sondern müsse sich an den Prinzipien evidenzbasierter Politik orientieren. Nur so könne sie in einer zunehmend komplexen, wissensgetriebenen Welt handlungsfähig bleiben.

Neue Strukturen für ein neues Verständnis. Dafür fordert Wählich auch strukturelle Reformen in der deutschen Außenpolitik. Das Auswärtige Amt brauche – ähnlich wie Großbritannien – einen Chief Scientific Advisor, der wissenschaftliche Evidenz strategisch in politische Prozesse einspeisen kann. Derzeit herrsche das

„Generalistenprinzip“: diplomatische Allrounder statt spezialisierter Berater. Ein solcher wissenschaftlicher Dienst, so Wählisch, wäre ein entscheidender Hebel, um Forschungserkenntnisse systematisch in die außenpolitische Praxis zu übersetzen.

Brückenbauer zwischen Politik und Forschung. Kern einer funktionierenden Science Diplomacy seien die Menschen, die an den Schnittstellen agieren – jene, „die wissenschaftliche Paper verstehen und wissen, wie politische Entscheidungsprozesse funktionieren“. Wählisch bezeichnet sie als „Brückenbauer“, die vermitteln, übersetzen und Wissen kontextualisieren. Wissenschaftskommunikation werde damit zur Schlüsselkompetenz moderner Diplomatie.

Diplomatie als lernendes System. Wählisch sieht in wissenschaftlicher Methodik einen Motor für institutionelles Lernen. Bereiche wie Verhandlungsführung oder Krisenprävention könnten ingenieursartig weiterentwickelt und empirisch verbessert werden. Während andere Staaten dabei messbare Fortschritte erzielten, schöpfe Deutschland dieses Potenzial bislang kaum aus. Für ihn ist klar: Außenpolitik muss sich als lernendes System verstehen, das Daten und Hypothesen testet, statt Annahmen einfach fortzuschreiben.

Wissenschaft wird zur strategischen Ressource. Der Hype um den Begriff Science Diplomacy erklärt sich für Wählisch aus einem geopolitischen Strukturwandel: Außenpolitik verschmilzt immer stärker mit Wirtschafts-, Technologie- und Wissenspolitik. Wissenschaftliches Know-how wird so zur zentralen Ressource geopolitischer Wettbewerbsfähigkeit. Themen wie KI-Regulierung, Rüstungskontrolle oder Klimapolitik machen deutlich: „Ohne wissenschaftliche Expertise fehlen die Grundlagen für tragfähige multilaterale Entscheidungen“.

Zwischen Hoffnung und Projektion. Gleichzeitig warnt Wählisch vor überhöhten Erwartungen und Projektion. Science Diplomacy sei keine „Dream Machine“, die automatisch Frieden oder Kooperation erzeugt. Vielmehr handele es sich um ein Werkzeug, das nur in funktionierenden Strukturen und mit realistischem Selbstverständnis Wirkung entfalten könne. Der populistische Gegenwind, der Fakten und Evidenz zunehmend delegitimiert, mache ihre Etablierung zugleich dringlicher und schwieriger.

Technologische Disruption als Stresstest. Zudem würden neue Technologien die Wissenschaftslandschaft in atemberaubender Geschwindigkeit verändern – und damit auch die Anforderungen an Diplomaten. „Man muss Autodidakt sein und Gelassenheit bewahren“, sagt Wählisch. Jede Innovationswelle bringe Hype und Angst mit sich. Aufgabe der Diplomatie sei es, „diese Dynamik rational zu begleiten und Chancen gezielt zu nutzen, statt reflexhaft zu reagieren“.

Wissenschaft braucht mehr politische Verantwortung. Auch auf Seiten der Forschung sieht Wählisch Reformbedarf. In Deutschland sei das Rollenverständnis der Wissenschaft noch stark auf Unabhängigkeit und Distanz zur Politik konzentriert. „Das ist ein Luxus – aber es führt auch dazu, dass wir wissenschaftliche Erkenntnisse

hervorragend produzieren, aber wirtschaftlich und politisch kaum verwerten.“ Forschende – insbesondere aus den Naturwissenschaften – müssten stärker in gesellschaftliche und politische Debatten einbezogen werden.

Ein innovationsfreundliches Ökosystem ist Voraussetzung. Strukturell fordert Wählich, dass Deutschland seine Wissenschaftslandschaft internationaler, durchlässiger und interdisziplinärer gestaltet. Es brauche attraktive Bedingungen für globale Talente und mehr Investitionen in Brückenformate zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Innovationsökosysteme an Universitäten – mit Inkubatoren, Spin-offs und Hackathons – seien ein entscheidender Faktor, um wissenschaftliche Expertise in politische Handlungsfähigkeit zu übersetzen. Das schaffe Relevanz und Schlagkraft.

Martin Wählich ist Juniorprofessor für „Transformative Technologies, Innovation and Global Affairs“ an der Universität Birmingham. Zuvor leitete er einen Innovationshub der Abteilung für politische Angelegenheiten und Friedenssicherung der Vereinten Nationen. Er ist außerdem Gründer des „Office for Dreams“, einer Kreativagentur, die öffentliche Veränderungsprozesse unterstützt.

KI-Diplomatie der DWIH: „Gemeinsame Ziele machen die Zusammenarbeit stabil“

Wie kann Science Diplomacy Brücken bauen, wenn KI zum geopolitischen Wettbewerbsfaktor wird? Ursula Paintner, Kommunikationsdirektorin des DAAD, über Chancenorientierung statt Risiko-Debatte, die Rolle der DWIH – und warum Deutschland sich keine Abschottung leisten kann.



Ursula Paintner (2.v.r.), auf dem DWIH-Netzwerktag zum Thema KI im Jahr 2024.

Frau Paintner, das Jahresthema der Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäuser (DWIH) 2024 war die Künstliche Intelligenz. Wie macht man mit einem solchen Wettbewerbsthema Diplomatie?

Wir vergeben jedes Jahr ein gemeinsames Jahresthema für alle sechs Standorte – von Neu-Delhi über São Paulo bis New York. Das Ziel ist, einen globalen Diskurs zu führen, aber immer mit einem lokalen Zugriff. Wir diskutieren also nicht KI auf der ganz großen Flughöhe, sondern fragen: Wo ist das Thema an meinem Standort relevant? Welche Anknüpfungspunkte gibt es vor Ort? So entstehen sehr unterschiedliche, aber miteinander verbundene Perspektiven.

Mit welchen Partnern arbeiten ihre Kolleginnen und Kollegen vor Ort typischerweise zusammen?

Das Spektrum reicht von Hochschulen über Forschungsorganisationen bis hin zu Start-

up-Ökosystemen und politischen Akteuren. Die DWIH sind ja Konsortien deutscher Wissenschaftsorganisationen, sie sollen nicht nur deutsche Forschung sichtbar machen, sondern auch von ihren Partnern weltweit lernen. Deshalb suchen wir gezielt die Zusammenarbeit mit forschungsstarken Universitäten oder Innovationsakteuren, um den Transfer zwischen Wissenschaft und Anwendung zu fördern.

Was haben Sie über die unterschiedlichen regionalen Perspektiven auf KI gelernt?

Vor allem, dass diese Perspektiven sehr unterschiedlich sind. In Indien gibt es eine nationale KI-Mission und das klare Ziel, international eine führende Rolle zu übernehmen – dort geht es stark um Entwicklung. Japan wiederum denkt KI aus der alternden Gesellschaft heraus: Wie kann Technologie Pflege und Teilhabe unterstützen? In Brasilien spielt KI im Kontext von Nachhaltigkeit und Klimawandel eine Rolle. Diese Vielfalt ist das Spannende – wir lernen dabei auch, Chancen stärker zu sehen als die Risiken.

Inwiefern?

Wir neigen in Deutschland dazu, zuerst über Regulierung zu sprechen. Wenn man in die DWIH-Projekte schaut, wird KI aber vor allem als Werkzeug gesehen – wofür lässt sie sich sinnvoll einsetzen? Das führt zu einem Perspektivwechsel. In Tokio etwa gab es eine Veranstaltung „Generative AI – Pathways to Democratization, Transparency and Sustainability“. Schon der Titel zeigt diesen Zugang: KI nicht als Bedrohung, sondern als möglichen Weg zu mehr Transparenz und Nachhaltigkeit. In vielen DWIH-Veranstaltungen ging es darum, KI vom Menschen her zu denken – „Human and Society focused AI“. Wir wollen wissen, welchen gesellschaftlichen, ethischen oder wirtschaftlichen Nutzen KI für reale Probleme haben kann: Gesundheit, Klima, Alterung.

Das bedeutet, in Zeiten eines größeren geopolitischen Wettbewerbs mit nationalistischen Tendenzen werden geistes- und sozialwissenschaftliche Perspektiven wichtiger?

Ja, die sind unverzichtbar. Oftmals kommen Ethik und gesellschaftliche Reflexion erst am Ende eines Prozesses – und dann heißt es manchmal: „Die Ethiker wollen das nicht.“ Wir sollten diese Perspektiven von Anfang an mitdenken, als Enabler. Sie helfen beispielsweise, Technologien in kulturelle Kontexte einzubetten. An manchen Stellen wird das bereits praktiziert: Wenn zum Beispiel über Wassernutzung in ländlichen Gebieten geforscht wird, können Expertinnen und Experten für interkulturelle Verständigung mit am Tisch sitzen. Sie haben ein Verständnis dafür, wie Wasser mit kultureller Bedeutung aufgeladen ist und wie das die technische Nutzung beeinflusst. Solche integrativen Ansätze brauchen wir auch in der KI-Forschung.

Wie wird Deutschland als Partner im Bereich KI international wahrgenommen?

Die DWIH erleben eine hohe Nachfrage. Deutschland gilt als attraktiver, verlässlicher Partner – sowohl in Forschung als auch in Science Diplomacy. Gleichzeitig haben Länder wie Indien vor allem ihre eigenen Entwicklungsziele im Blick. Sie wollen Autonomie, nicht „von uns lernen“. Aber das ist kein Widerspruch: Der wechselseitige

Dialog bleibt wertvoll, weil beide Seiten voneinander lernen – etwa bei Fragen, wie KI in Nachhaltigkeitsstrategien eingebettet werden kann.

Wie verändert sich durch geopolitische Spannungen die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern?

Wir beobachten, dass Themen wie Wissenssicherheit in der internationalen Kooperation nicht nur in Deutschland, sondern weltweit an Bedeutung gewinnen. Zugleich bleibt das Kooperationsinteresse in Wissenschaft und Gesellschaft hoch, und wir können auf ein Netzwerk zurückgreifen, in dem eine vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich ist. Die DWIH dienen ja gerade der Vernetzung von Partnern, die gemeinsame Interessen haben – Wissenschaft, Innovation, Lösungen für globale Herausforderungen. Solange das gemeinsame Ziel im Vordergrund steht, bleibt die Zusammenarbeit stabil.

Was sehen sie als Aufgaben für die Science Diplomacy in der näheren Zukunft?

Wir haben gute Strukturen, aber wir müssen sie pflegen. Nationale Abschottungstendenzen nehmen zu. Gerade deshalb ist es wichtig, Gesprächsfäden lebendig zu halten. Wir brauchen Dialogformate, in denen Partner sich sicher fühlen, ihre Interessen gewahrt wissen – und so im Austausch bleiben. Konkurrenz belebt das Geschäft, aber ohne Vertrauen funktioniert keine internationale Wissenschaftskooperation.

Gerade beim Thema KI wichtig: Inwieweit lassen sich große Tech-Konzerne einbinden?

Wir sind bislang nur stichpunktmäßig mit Google oder Apple im Gespräch, aber es gibt Berührungspunkte. Bei der Eröffnung des DWIH San Francisco hat uns der KI-Softwarehersteller AutoDesk empfangen – das zeigt Interesse. Gerade dort, wo Technologisierung immer mehr Lebensbereiche durchdringt, ist der Dialog mit der Industrie wichtig. Wenn wir zulassen, dass Tech-Konzerne ein Eigenleben entwickeln, ist das weder für sie noch für die Gesellschaft gut.

Was geben Sie aus den Erfahrungen an Politik und Organisationen in Deutschland zurück?

An die Forschungseinrichtungen: Den Blick vor Ort zu schärfen, Themen nicht abstrakt, sondern in ihrer konkreten Anwendung zu denken. Das stärkt auch Science Diplomacy. Und an die Politik: Austausch benötigt Ressourcen – für kluge Köpfe, Strukturen, Kontinuität. Wir können es uns nicht leisten, in eine Abschottung zu gehen. Deutschland wird international als verlässlicher Partner geschätzt. Das sollten wir aktiv pflegen.

Aus Ihrer Perspektive: Wäre ein Gesicht für die deutsche Wissenschaft, etwa im Sinne eines „Chief Science Advisor“ für Deutschland international hilfreich?

Deutschland hat ein ausdifferenziertes Wissenschaftssystem und pflegt die Autonomie der Institutionen. Sie stimmen sich zum Beispiel in der Allianz der Wissenschaftsorganisationen auch untereinander ab und vertreten differenziert

wissenschaftliche Themen in der Öffentlichkeit und bei politischen Akteuren wie der Bundesregierung, dem Bundestag oder den Bundesländern. Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina hat ja auch den Auftrag der wissenschaftsbasierten Beratung von Politik und Öffentlichkeit. Grundsätzlich kann als Ergänzung eine zentrale Beratungsplattform sinnvoll sein. Wichtig wäre, dass ein solches Gremium auf das im System vorhandene Wissen und die Kompetenzen der einzelnen Akteure zugreift, sie bündelt und nicht „über die Köpfe hinweg“ agiert. Das „eine“ Gesicht ist für die vielfältige deutsche Wissenschaftslandschaft eher weniger passend.

„Science Diplomacy ist längst kein Softpower-Thema mehr“

Geopolitische Konflikte, wachsende Konkurrenz und die Macht der Tech-Konzerne: Das Prinzip der offenen und öffentlichen Forschung steht unter Druck. *Table.Briefings* hat mit DFG-Präsidentin Katja Becker darüber gesprochen, wie sich Wissenschaftsdiplomatie verändert – und was sie resilienter machen kann.



Hält eine Nationale Plattform für Forschungssicherheit mit Schnittstelle zu den nachrichtlichen Diensten für erforderlich: DFG-Präsidentin Katja Becker.

Frau Becker, wie hat sich die Wissenschaftsdiplomatie durch technologische und geopolitische Umbrüche verändert?

Früher stand Science Diplomacy für Brückenbauen – auch über politische Gräben hinweg. Sie war ein Instrument der Vertrauensbildung, ein Beitrag zur Friedenssicherung. Internationalisierung galt als durchweg positiv. Forschung, Wissen, Talente sollten frei zirkulieren. Die Idee war: Wissenschaft als globales Gemeingut – unabhängig von politischen Systemen. Heute ist das anders. Forschungssicherheit, Wertebindung und Resilienz sind dauerhafte Leitprinzipien geworden und wir bewegen uns hin zu einer verantwortungsbetonten Internationalisierung. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat drastisch gezeigt, dass Wissenschaft nicht in einem neutralen Raum stattfindet. Sie ist längst Teil geopolitischer Strategien – und damit auch des wirtschaftlichen Wettbewerbs.

Wird Wissenschaft also zunehmend als geopolitisches Machtinstrument verstanden?

Ja, auf jeden Fall. Wissenschaft ist ein zentraler Faktor für Innovations- und Wirtschaftskraft – und diese wiederum prägt geopolitische Handlungsfähigkeit. Denken Sie an Themen wie Energie, Biotechnologie, KI oder Quantenforschung. Überall zeigt sich, wie eng Abhängigkeiten und Sicherheitsfragen miteinander verflochten sind. Forschung ist damit kein unpolitisches Feld, sondern strategisches Terrain.

Wie verändert das Ihre Arbeit als Forschungsförderorganisation?

Wir versuchen, den wissenschaftlichen Austausch so offen wie möglich und so sicher wie nötig zu gestalten. Kooperation bleibt entscheidend, denn die großen globalen Probleme lassen sich nur gemeinsam lösen. Im europäischen Forschungsraum funktioniert das schon sehr gut – dort fördern wir Forschungsprojekte mithilfe des [Weave Lead Agency-Verfahrens](#) oder wir stärken Qualitätsstandards und gemeinsame Prinzipien wie beispielsweise im Rahmen des [CoARA-Prozesses](#). Gleichzeitig diversifizieren wir unsere Partnerschaften. Neben den Ländern in Europa arbeiten wir auch eng mit Kanada, Japan, Südkorea oder Singapur zusammen – und zunehmend mit Afrika und Südamerika. Der wissenschaftliche Nachwuchs der Welt wird bald zu erheblichen Teilen aus diesen Weltregionen kommen. Es wäre daher fatal, den globalen Süden sich selbst oder autoritären Partnern zu überlassen. Zudem versuchen wir noch stärker, wissenschaftliche Netzwerke zu bilden. Diese bleiben stabil und flexibel, auch wenn einzelne Partner das Netzwerk verlassen oder neu dazukommen.

Mit Blick auf erstarkenden Nationalismus und Populismus wird viel über Resilienz gesprochen. Was bedeutet Resilienz konkret im wissenschaftlichen Kontext?

Resilienz hat viele Dimensionen. Ein Aspekt ist Forschungssicherheit – also institutionalisierte Sicherheitschecks, Exportkontrollen, Risikomanagement. Die Bedrohung durch Wissenschaftsspionage und Cyberangriffe hat deutlich zugenommen. Wir arbeiten seit Jahren daran, dem entgegenzuwirken und haben Leitlinien und Checklisten veröffentlicht, um internationale Kooperationen sicher zu gestalten. Im Hinblick auf Forschungssicherheit tauschen wir uns auch eng mit Ländern wie den USA, Japan und Großbritannien aus. Darüber hinaus geht es aber auch um die Fähigkeit des Wissenschaftssystems, Krisen auszuhalten und trotzdem handlungsfähig zu bleiben. Das reicht von stabiler Finanzierung über Nachwuchssicherung bis hin zur gesellschaftlichen Akzeptanz. In der DFG haben wir dazu eine Senats-Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit Abhängigkeiten – etwa von Datenbanken oder digitalen Infrastrukturen – ebenso befasst wie mit innerer Resilienz gegenüber populistischen oder wissenschaftsfeindlichen Tendenzen. Science Diplomacy darf keine reine Softpower mehr sein. Sie muss Sicherheitsdimensionen aktiv berücksichtigen.

Wie geht man diplomatisch mit dem Spannungsverhältnis um – zwischen Brückenbauen und klarer politischer Haltung – etwa im Fall Russland, China oder Israel?

Es gibt hier keine einfache Antwort. Jeder Fall ist anders. Nach dem russischen

Angriffskrieg war schnell klar: Auf institutioneller Ebene konnten wir die Kooperation nicht fortsetzen. Das war auch ein wichtiges Signal an andere europäische Länder. Mit China ist die Lage komplexer. Wir betreiben seit 25 Jahren ein gemeinsames Wissenschaftszentrum in Peking, haben aber nach der Pandemie Aktivitäten reduziert – etwa wegen Datenschutzfragen und rechtlicher Unsicherheiten. Jetzt sind wir gerade dort gewesen, um das Jubiläum dieses Zentrums zu begehen. Zudem planen wir zum ersten Mal seit 2021 wieder eine gemeinsame Ausschreibung, wenn auch in einem stark eingegrenzten Bereich. In Bezug auf Israel ist die Situation besonders sensibel. Wir stehen eng an der Seite der israelischen Wissenschaft – auch, weil sie in ihrem Land eine starke Stimme der Vernunft ist. Gleichzeitig fördern wir Programme, die auch palästinensische und regionale Partner einbeziehen. Science Diplomacy muss gerade in solchen Konflikten Brücken erhalten, solange das verantwortbar ist.

Welche neuen Strukturen braucht die Wissenschaftsdiplomatie, um auf diese Herausforderungen zu reagieren?

Wir plädieren in der Wissenschaft schon lange für ressortübergreifende Abstimmung in der Wissenschaftsdiplomatie – Außen-, Forschungs-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik müssen enger zusammenspielen. Und ja, wir halten eine nationale Plattform für Forschungssicherheit mit einer Schnittstelle zu den nachrichtlichen Diensten für dringend notwendig und freuen uns auf die Zusammenarbeit. Diesen Vorschlag habe ich übrigens bereits vor über einem Jahr öffentlich hier im *Research.Table* gemacht und es gibt auch ein ausgearbeitetes [Papier des Wissenschaftsrates](#) dazu. Wir haben in der Pandemie gesehen, dass getrennte Expertisen zu langsamen und unvollständigen Prozessen führen. Ein breit legitimates, dauerhaftes Gremium könnte hier viel leisten – auch für Science Diplomacy, weil es wissenschaftliche Perspektiven systematisch in außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen einbringt.

Welche Rolle spielen Tech-Konzerne in dieser neuen Welt der Science Diplomacy?

Die großen Tech-Konzerne sind längst geopolitische Akteure. Mit Blick auf diese Player sprechen wir aber eher von Tech Diplomacy als von Science Diplomacy. So oder so beeinflussen diese Unternehmen massiv die internationale Politik, um ihre Interessen durchzusetzen. Für uns als Forschungsförderer ergeben sich daraus ganz praktische Auswirkungen: Wir konkurrieren um die besten Talente mit Unternehmen, deren Budgets meist weit über die öffentlichen Förderhaushalte hinausgehen. Auch die Produkte der großen Konzerne – etwa Large Language Models – prägen den Wissenschaftsbetrieb. Die von der Tech-Branche betriebene Spitzenforschung findet zudem anders als öffentlich finanzierte Wissenschaft hinter geschlossenen Türen statt. Aber ohne unabhängige Wissenschaft wird es weniger echte Innovationen geben. Forschung darf nicht ausschließlich an Profitmaximierung ausgerichtet sein. Wenn wir wollen, dass Wissenschaft auch künftig zum gesellschaftlichen Fortschritt beiträgt, müssen wir sie schützen – politisch, finanziell und intellektuell.

Mit Blick auf die Akquise von internationalen Talenten und Spitzenforschern beteiligt

sich die DFG am 1.000-Köpfe-Plus-Programm des BMFTR. Wie sieht das konkret aus?

Wir haben bereits erste Förderungen in Höhe von zwölf Millionen Euro in Programmen der Einzelförderung bewilligt und jetzt erstmals auch Professuren und Mercator Fellows in Sonderforschungsbereichen, Transregios und Exzellenzclustern ausgeschrieben. Mit dieser Initiative sollen auch große Forschungsverbände hoch qualifizierte erfahrene Forscher*innen, die derzeit im Ausland tätig sind und eine neue wissenschaftliche Perspektive suchen, für das deutsche Wissenschaftssystem gewinnen können. Indem es Wissenschaftler*innen aus dem Ausland hierzulande attraktive alternative Forschungsperspektiven und -umgebungen anbieten will, ist das 1.000-Köpfe-plus-Programm ein starkes Signal gegen die zunehmenden geopolitischen Spannungen und Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit weltweit. Es ist zudem eine große Chance, den Wissenschaftsstandort Deutschland gerade jetzt weiter zu stärken.

Beispiel Japan: Warum Deutschland sich forschungspolitisch um „Like-minded States“ bemühen sollte

China schottet seinen Innovationssektor weiter ab, die US-Regierung beäugt internationale Kooperationen kritisch. Beziehungen zu anderen Partnern gewinnen in der Wissenschaft an Bedeutung. Wo er Ansatzpunkte dafür sieht, erklärt DAAD-Präsident Joybrato Mukherjee am Beispiel Japan.



Sieht in Japan einen „natürlichen Verbündeten“ Deutschlands: DAAD-Präsident Joybrato Mukherjee.

In einer Welt wachsender geopolitischer Spannungen und schwindender internationaler Verlässlichkeit rücken Länder mit gemeinsamen Werten enger zusammen. Das ist das Fazit einer Japan-Reise von der DAAD-Präsident Joybrato Mukherjee.

„Wir sind Demokratien mit ähnlichen Vorstellungen von Wissenschaftsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit“, sagt Mukherjee im Gespräch mit *Table.Briefings*. Beide Nationen suchten Stabilität und berechenbare Partnerschaften – und beide stünden gesellschaftlich vor ähnlichen Herausforderungen: demografischer Wandel, Fachkräftemangel, die Suche nach nachhaltiger Innovationskraft. Während Japan mit Nordkorea einen unruhigen Nachbarn habe, sehe sich Deutschland mit dem Krieg in Europa konfrontiert. „All das macht uns zu natürlichen Verbündeten.“

Japan reagiere inzwischen mit eigenen Programmen auf den globalen Wettbewerb um Talente – ähnlich der deutschen Initiative „Global Minds“. „Auch dort geht es darum, weltweit um die besten Köpfe zu werben“, so Mukherjee. Der Fachkräftemangel sei ebenso spürbar wie in Deutschland.

Parallelen in Forschungspolitik und Innovationsstrategie. Auch wissenschafts- und innovationspolitisch gebe es bemerkenswerte Übereinstimmungen. Sowohl Berlin als auch Tokio setzen auf Investitionen in Schlüsseltechnologien, internationale Vernetzung und die gezielte Förderung von Talenten. „Beide Länder teilen die Überzeugung, dass wirtschaftliche Stärke nur über eine starke Forschungs- und Innovationsbasis gesichert werden kann“, betont Mukherjee. Japan habe ähnlich wie Deutschland strategische Forschungsfelder definiert – ein Beleg für die parallele Denkrichtung.

Ein Schwerpunkt der Reise war die Altersforschung, die in beiden Gesellschaften zunehmend an Bedeutung gewinnt. Mukherjee eröffnete dazu gemeinsam mit der Keio University einen Workshop, um bestehende Kooperationen zu vertiefen und neue Austauschprogramme zu initiieren. Eine besondere Rolle misst er den Alumni-Netzwerken bei: In Japan gibt es zahlreiche ehemalige DAAD-, Humboldt- oder Max-Planck-Geförderte – viele in Führungspositionen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. „Diese Brückenbauer sind für die Zusammenarbeit unschätzbar wertvoll.“

Gemeinsame Antworten auf Wissenssicherheit. Ein weiteres zentrales Thema war das Gespräch mit dem früheren japanischen Staatsminister Minoru Kiuchi über „Wissenssicherheit“. Mukherjee stellte das [aktuelle Papier des Wissenschaftsrats](#) vor, das den Begriff als umfassendere Kategorie anstelle von „Forschungssicherheit“ oder „Dual Use“ etabliert. Auch Japan denke in diese Richtung, etwa beim Schutz geistigen Eigentums oder sensibler Forschungsergebnisse, berichtet er. „Hier lohnt sich ein intensiver Austausch, weil beide Länder vor ähnlichen Fragen stehen.“

Kontinuität und europäische Perspektiven. Durch die Ernennung von Sanae Takaichi zur neuen Premierministerin erwartet Mukherjee keine grundlegende Veränderung der Forschungspolitik. Kontinuität spiele in Japan traditionell eine große Rolle. Von politischer Seite wachse das Interesse, sich enger mit Europa zu verzahnen – etwa über eine Assoziierung Japans an das nächste europäische Forschungsrahmenprogramm FP10. Nach Südkoreas Beitritt sei das Interesse in Tokio groß, aktiv an europäischen Forschungsverbänden mitzuwirken.

Kooperation in KI und Ethik. Großes Potenzial sieht Mukherjee auch in der Zusammenarbeit bei künstlicher Intelligenz. Der DAAD fördert seit Jahrzehnten Forschungsaufenthalte am National Institute for Informatics in Tokio. Entscheidend sei jedoch nicht nur die technologische, sondern auch die ethische Dimension: „Wir wollen KI demokratisch einbetten und rechtsstaatlich regulieren. Dafür brauchen wir Like-minded States.“ Neben technischen Fragen spielten daher auch Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften eine wachsende Rolle – sie stellten die entscheidenden Fragen nach den Auswirkungen neuer Technologien auf Gesellschaft und Demokratie.

Wertepartnerschaften und globale Talentstrategien. Das Konzept der „Like-minded States“ versteht Mukherjee dabei nicht exklusiv. Neben klassischen Partnern wie Kanada, Australien oder Südkorea verweist er auch auf demokratische Staaten Afrikas wie Südafrika oder Kenia. Entscheidend sei die langfristige Verlässlichkeit, nicht geografische Nähe.

Appell an die Bundesregierung. Für die künftige Zusammenarbeit fordert Mukherjee von der Bundesregierung klare Prioritätensetzung – und entsprechende Ressourcen: „Wenn die Vertiefung der Beziehungen mit Japan eine politische Priorität ist, dann sollten auch die Mittel folgen.“ Japan sei ein „solventer, kooperationsbereiter Partner, bereit zu Co-Funding“. Deutschland müsse dies nutzen, gezielt bilaterale Programme auflegen und bestehende Austausch- und Forschungsprojekte ausbauen.

Im [ausführlichen Interview](#) mit Joybrato Mukherjee berichtet der DAAD-Präsident, wie in Japan mit Themen wie Wissenschaftsskepsis oder Meinungsfreiheit umgegangen wird.

Wissenschaftsdiplomatie: Chancen in einer fragmentierten Welt

Fünfzehn Jahre nach dem wegweisenden Framework denken Royal Society und AAAS das Konzept der Wissenschaftsdiplomatie neu. Im Interview erklärt Kim Montgomery, Direktorin für Science Diplomacy bei der AAAS, worauf es in diesen Zeiten ankommt.



Fordert nationale Strategien für Wissenschaftsdiplomatie: Kim Montgomery, Direktorin für Wissenschaftsdiplomatie bei der AAAS.

Als die American Association for the Advancement of Science (AAAS) und die britische Royal Society 2010 ihren Bericht „[New Frontiers in Science Diplomacy](#)“ veröffentlichten, galt Wissenschaft noch als Brücke zwischen Nationen. Fünfzehn Jahre später ist die Welt eine andere – technologisch, geopolitisch und gesellschaftlich.

Das neue gemeinsame Rahmenwerk heißt „[Science Diplomacy in an Era of Disruption](#)“. Die beiden Institutionen reagieren damit auf eine neue Realität für die Wissenschaftsdiplomatie. Sie ist von Krisen, Nationalismus und wachsender Skepsis gegenüber wissenschaftlichen Fakten geprägt.

Kim Montgomery, Direktorin für Wissenschaftsdiplomatie bei der AAAS, erklärt im Gespräch mit *Table.Briefings*, warum eine Aktualisierung überfällig war: Die Welt von heute sei eine „Ära der Disruption“. Während Wissenschaftsdiplomatie 2010 fast

selbstverständlich positiv konnotiert war, müsse man sie nun als Werkzeug verstehen – „nicht per se gut oder schlecht, sondern abhängig vom Ziel, das sie verfolgt“.

Das neue Rahmenwerk ersetzt die bekannten drei Säulen – „Science for Diplomacy, Diplomacy for Science und Science in Diplomacy“ – durch zwei miteinander verflochtene Dimensionen: „Science impacting Diplomacy and Diplomacy impacting Science“. Ziel ist es, den Ansatz praxisnäher und flexibler zu gestalten. Damit soll Wissenschaftsdiplomatie künftig besser auf die Dynamiken einer fragmentierten Welt reagieren können.

Ein entscheidender Wandel betrifft die Akteure. Neben Regierungen und klassischen Diplomaten spielen heute auch supranationale Unternehmen eine zentrale Rolle. Montgomery spricht von „Tech Titans“ – Konzernen, die über Schlüsseltechnologien und Infrastrukturen verfügen, die früher ausschließlich in staatlicher Hand lagen. In Bereichen wie künstlicher Intelligenz oder Satellitentechnik entscheiden heute nicht nur Regierungen, sondern auch Firmen darüber, wie und wo Technologien eingesetzt werden – mit Folgen bis in Krisenregionen wie die Ukraine. Das wirft grundlegende Fragen auf: Wer trägt Verantwortung für globale Technologiepolitik, und wer sitzt künftig am Verhandlungstisch?

Montgomery fordert deshalb nationale Strategien für Wissenschaftsdiplomatie. Damit könne staatliches Handeln besser koordiniert werden – auch im Zusammenspiel mit der Privatwirtschaft. Die USA etwa sollten definieren, wie Wissenschaft gezielt außenpolitische Ziele unterstützen kann. Ohne strategischen Rahmen bleibe der Ansatz reaktiv und fragmentiert.

Gleichzeitig warnt Montgomery vor den Folgen innenpolitischer Entscheidungen. Sollte die US-Regierung die geplanten Kürzungen bei den Forschungsetats tatsächlich umsetzen, drohe dem Land ein Verlust seiner wissenschaftlichen Führungsrolle. Internationale Kooperationen könnten leiden, Talente würden abwandern, und das über Jahrzehnte gewachsene Innovationsökosystem stünde auf dem Spiel. Allerdings, sagt Montgomery, sei der US-Haushaltsprozess komplex – noch gebe es Hoffnung auf Kurskorrekturen durch den Kongress.

Auch auf internationaler Ebene ist der Wettbewerb um kluge Köpfe längst entbrannt. Initiativen wie Deutschlands „Global Minds“-Programm locken Forschende aus aller Welt an – ein kluger, aber für die USA potenziell riskanter Schachzug. Montgomery erkennt darin sowohl Bedrohung als auch Weckruf: In einer Zeit, in der Vertrauen und Kooperation brüchig geworden sind, müsse jedes Land die Wissenschaft als strategische Ressource begreifen – und zugleich offen für globale Zusammenarbeit bleiben.

Trotz aller Herausforderungen bleibt Montgomery optimistisch: Disruption bedeute nicht nur Krise, sondern auch Möglichkeit. Mit dem neuen Framework wollen AAAS und Royal Society Orientierung bieten – damit Wissenschaftsdiplomatie auch in einer zerrissenen Welt Brücken bauen kann, wo politische Wege versperrt sind.

Wie sich das neue Modell für Wissenschaftsdiplomatie vom ersten Rahmenwerk unterscheidet und welche konkreten Empfehlungen die AAAS und die Royal Society Regierungen geben, lesen Sie im vollständigen Interview [hier](#).

Kanadas Chief Science Advisor: Science Diplomacy ist jetzt auch unter Verbündeten unverzichtbar

In Zeiten geopolitischer Spannungen muss die Wissenschaft als neutrale Brücke wirken. Kanadas oberste Wissenschaftsberaterin Mona Nemer erklärt, warum politisch unabhängige Beratung entscheidend ist und wie sich die Wissenschaftsdiplomatie seit der Pandemie verändert hat.



Kanadas oberste Wissenschaftsberaterin: Mona Nemer.

Welche Themen stehen bei Ihnen als Kanadas Science Chief Advisor derzeit im Fokus?

Die neue Regierung Kanadas hat die Wissenschaft ins Zentrum ihrer politischen Agenda gestellt. Das bedeutet, ich muss die Ambitionen in der KI- und Quantenforschung unterstützen und sicherstellen, dass internationale Kooperationen offen und integer bleiben. Es gilt Wege zu finden, militärische Forschung und Entwicklung in zivile Anwendungen zu überführen. Hinzu kommt viel Hintergrundarbeit: der Aufbau sicherer Kommunikations- und Datenaustauschsysteme, die sowohl Offenheit als auch nationale Sicherheit gewährleisten.

Warum ist es wichtig, dass Kanada eine oberste Wissenschaftsberaterin hat?

Die Position bildet eine unabhängige Brücke zwischen Wissenschaft und Politik – und

zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Die Pandemie hat gezeigt, wie entscheidend es ist, Evidenz unparteiisch zu kommunizieren und sicherzustellen, dass sie in die Entscheidungsfindung einfließt. International ermöglicht die Rolle Kanada, auch während innenpolitischer Übergangsphasen wissenschaftlich präsent zu bleiben, wenn Ministerinnen und Minister auf globalen Foren nicht vertreten sein können.

Was hat sich in der Wissenschaftsdiplomatie verändert, seit Sie 2017 Ihr Amt angetreten haben?

Es gibt ein größeres Bewusstsein dafür, dass Wissenschaft Treiber bei der Bewältigung globaler Herausforderungen ist – von Themen wie Ozeanen und Klima bis zur besseren Vorbereitung auf Pandemien. Große Forschungsinfrastrukturen sind für einzelne Länder zu teuer geworden, was zu mehr gemeinsamem Zugang und geteilten Kosten führt. Gleichzeitig haben sich geopolitische Konstellationen verschoben, sodass Forschungssicherheit eine dauerhafte Priorität ist. Eine wesentliche Veränderung ist der wachsende Beitrag aufstrebender Volkswirtschaften wie Brasilien, Indien und Südafrika. Wissenschaftsdiplomatie bedeutet nicht mehr nur Nord-Süd-Kapazitätsaufbau, sondern echte Co-Creation rund um den Globus.

Wie sollten Regierungen auf diese Veränderungen reagieren?

Sie müssen ihre Beteiligung an internationalen wissenschaftsbasierten Organisationen aufrechterhalten, den Datenfluss über Grenzen hinweg sichern und der Versuchung widerstehen, Resilienz mit Isolationismus gleichzusetzen. Kein Land kann alle Medikamente, Technologien oder Forschungsergebnisse allein hervorbringen, die es benötigt. Die wirksamste Diplomatie erfolgt unter Einbeziehung politisch neutraler Wissenschaftsakteure – Berater, Beratungsstellen und Netzwerke –, deren Beziehungen über Wahlzyklen hinaus Bestand haben.

Würden mehr regionale Netzwerke den internationalen Wissenschaftsbeziehungen helfen?

Ja, besonders bei Themen, die von Natur aus regional sind. Zum Beispiel gibt es hervorragende Beziehungen zwischen Kanada und den USA rund um die geteilten Großen Seen. Die „Group of Chief Scientific Advisors“ in Europa ist ein weiteres gutes Modell, und auch Afrika entwickelt ähnliche Mechanismen. Der entscheidende Faktor ist politische Unabhängigkeit; Beratungs- und Austauschgremien müssen vor politischem Druck geschützt sein.

Als Reaktion auf die Maßnahmen der US-Regierung plant Deutschland, ausländische Forschende mit einer „Global Minds“-Initiative anzuwerben. Wie bewerten Sie das?

Wissenschaftliche Mobilität kommt der globalen Forschung zugute, und die Aufnahme vertriebener Wissenschaftler kann ein Dienst an der Menschheit sein. Aber es gilt, ein Gleichgewicht zu wahren: Wird das wissenschaftliche System eines Landes geschwächt, kann das langfristige Folgen haben. Wenn große Wissenschaftsnationen ihre internationalen Verpflichtungen zurückfahren, müssen andere einspringen, um schädliche Lücken im globalen Wissen und in den Fähigkeiten zu verhindern.

Mit Blick auf die USA: Gibt es zu dieser Herausforderung einen internationalen Dialog?

Nicht systematisch auf Ministerebene, aber Gespräche finden fallweise statt, oft innerhalb bestimmter Forschungsfelder. In der Zusammenarbeit Kanadas mit den USA ist es beispielsweise entscheidend, gemeinsame Initiativen zu Klima- und Gesundheitsüberwachung aufrechtzuerhalten. Wenn Aktivitäten in einem Land reduziert werden, müssen Partner dies ausgleichen, um die Integrität der Arbeit – und die ethischen Verpflichtungen gegenüber den in der Forschung beteiligten Menschen – zu schützen.

Aus Ihrer Sicht: Was sind Deutschlands Stärken im Bereich Wissenschaft – und warum sollte Deutschland einen obersten Wissenschaftsberater haben?

Deutschland im Besonderen, aber auch Europa insgesamt verfügen über hervorragende Wissenschaftler, Institutionen und Innovationssysteme. Die Unterstützung für Forschung in Deutschland ist beneidenswert, und der Weg vom Labor zum Markt ist historisch stark. Doch die Beratung der Regierung ist stark fragmentiert – und auch nach außen gibt es nicht die eine Person, die als Ansprechpartner fungiert. Während der Pandemie fehlten Länder ohne Wissenschaftsberater zum Beispiel bei wichtigen internationalen Koordinationsgesprächen. Eine nationale Wissenschaftsberatung integriert die Empfehlungen unterschiedlichster Akteure zu kohärenten, unparteiischen Ratschlägen für die Regierung – nicht im Namen einer einzelnen Institution, sondern im Interesse des Landes.

„Wissenschaftliche Kooperation trägt ein Leben lang“

Im Interview mit *Table.Briefings* spricht Ursula Gather, Kuratoriumsvorsitzende der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, über die Kraft internationaler Partnerschaften, die Bedeutung von Science Diplomacy und die Rolle der Stiftungen.



Ursula Gather ist Kuratoriumsvorsitzende der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung.

Frau Gather, Sie sind Vorsitzende des Kuratoriums der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und Vizepräsidentin der acatech, waren zuvor Rektorin der TU Dortmund und engagieren sich in zahlreichen wissenschaftspolitischen Gremien. Was bedeutet Science Diplomacy für Sie persönlich?

Um biografisch zu beginnen: Ich hatte das Privileg, schon sehr früh Gastprofessuren im Ausland wahrzunehmen – unter anderem an der Yale University in den USA, in Melbourne, in Frankreich und ganz zu Anfang sogar in Pune, Indien. Das war einerseits für meine wissenschaftliche Laufbahn bereichernd. Vor allem aber habe ich erfahren, dass wissenschaftlicher Fortschritt international ist – und dass er zur Verständigung zwischen Kulturen beiträgt. Das hat, im besten Fall, auch eine friedenssichernde Dimension.

Wie hat sich Ihr Blick auf internationale Wissenschaftskooperation in den vergangenen Jahren verändert – auch angesichts der aktuellen geopolitischen Spannungen?

Die Zeiten sind herausfordernd, auch für die Wissenschaft. Während meiner Zeit als Rektorin der TU Dortmund haben wir einen Sonderforschungsbereich mit der Universität St. Petersburg in Russland zur Quantenphysik eingeworben. Dieser befand sich bereits in der zweiten Förderphase, als der Angriff auf die Ukraine begann. Die Zusammenarbeit wurde, wie politisch nachvollziehbar gefordert, sofort eingestellt. Wissenschaftlich betrachtet war diese Entwicklung sehr bedauerlich, mitten im gemeinsamen Forschungsprozess. Solche Beziehungen wird man irgendwann mühsam wieder aufbauen müssen. Deshalb ist es so wichtig, Wege zu finden, wissenschaftliche Kanäle möglichst offen zu halten, selbst in politisch schwierigen Zeiten. Gleichwohl wird es auch immer Fälle wie den genannten geben, in denen das nicht möglich sein wird. Dieses Dilemma auszuhalten und nach solchen Unterbrechungen wieder in eine Zusammenarbeit zu finden, das ist Science Diplomacy.

Welche Rolle können private Stiftungen wie die Krupp-Stiftung dabei spielen?

Als politisch unabhängige Institution können wir aufgrund dieser Unabhängigkeit und über unsere Förderpraxis gezielt wirken. Ein Beispiel ist das Wissenschaftskolleg in Greifswald, das wir vor 25 Jahren gegründet haben und für das wir seitdem das gesamte wissenschaftliche Programm finanzieren. Dort kommen internationale Fellows zusammen, forschen gemeinsam und diskutieren auch über wissenschaftliche und politische Rahmenbedingungen – das ist gelebte Science Diplomacy. Wir fördern außerdem Stipendien für Postdocs des Weizmann-Instituts, die in Deutschland in Max-Planck-Instituten arbeiten. Auch das langjährige Programm in Zusammenarbeit mit der Stanford University ermöglicht seit nunmehr 40 Jahren Studierenden von dort einen Aufenthalt in Deutschland. Das sind alles Projekte der Wissenschaftsförderung, die Brücken bauen zwischen Nationen und auf Völkerverständigung ausgerichtet sind. Denn solche Erfahrungen prägen – und tragen oft ein Leben lang.

Internationale Kooperationen stehen heute unter wachsendem Druck, nicht nur durch Kriege, sondern auch durch technologischen Wettbewerb. Was braucht es, um sie resilienter zu machen?

Ich weiß nicht, ob sich internationale Kooperationen grundsätzlich „resilienter“ gestalten lassen. Aber ich bin überzeugt: Wir müssen sie pflegen und langfristig absichern. Dialoge zwischen Institutionen – etwa zwischen DFG und NSF, NIH – sind essenziell. Viele Universitätspartnerschaften haben ebenfalls einen langfristigen Charakter. Die Universitätsallianz Ruhr zum Beispiel unterhält Verbindungsbüros in New York und anderen Regionen der Welt. Solche Strukturen helfen, langfristige und damit stabile wissenschaftliche Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg zu sichern.

Ein oft diskutiertes Ziel ist es, den Globalen Süden stärker einzubeziehen. Was halten Sie für einen sinnvollen Weg?

Internationalität muss alle Länder einschließen, dazu gehört selbstverständlich auch der Globale Süden. Aber wir müssen ehrlich konzedieren: Da gibt es noch viel Luft nach

oben. Das Ziel ist, gleichberechtigte Partnerschaften aufzubauen, nicht paternalistisch, sondern auf Augenhöhe. Ich erinnere mich an meine erste Gastprofessur in Indien: Wissenschaft funktioniert dort wie hier. Die institutionellen Voraussetzungen aber sind nicht immer gleich, die fachliche Zusammenarbeit jedoch fruchtbar. Um die strukturellen Unterschiede zu überwinden, haben wir seinerzeit unter anderem Preprints per Post verschickt. Heute geht es um Teilnahme an internationalen Kongressen, Zugang zu digitalen Publikationen und Netzwerken. Also darum, solches partnerschaftlich zu ermöglichen.

Was würden Sie einem jungen Menschen sagen, der überlegt, ob sich eine wissenschaftliche Karriere mit internationalem Engagement lohnt?

Internationaler Austausch – und damit das, was wir heute Science Diplomacy nennen – ist nicht nur persönlich bereichernd. Er weitet den Blick. Und darüber hinaus ist es tatsächlich auch ein Beitrag zum Frieden. Wer wissenschaftlich zusammenarbeitet, wer gemeinsam Fortschritt geschafft hat, bleibt oft ein Leben lang in Verbindung und in einem Dialog über nationale Grenzen hinweg. So hat die Zusammenarbeit zwischen Chaim Weizmann und Otto Hahn vor 60 Jahren die Grundlage für die diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland gelegt.

„Wir sind weder Politiker noch Diplomaten“

Zwischen G7, China und globalen Krisen: Ruth Narmann erklärt, warum Wissenschaftsfreiheit unter Druck steht, wie die Leopoldina Science Diplomacy betreibt – und weshalb wissenschaftliche Softpower für Deutschlands Außenbeziehungen wichtiger wird.



Ruth Narmann, Leiterin der Abteilung Internationale Beziehungen in der Leopoldina.

Frau Narmann, Ende Mai haben die G7-Wissenschaftsakademien die Ottawa Declaration veröffentlicht. Sie betont unter anderem die Bedeutung von Wissenschaftsfreiheit. Die USA, an die man sofort denkt, sind aber überhaupt nicht erwähnt. Warum nicht mehr Klartext?

Wir haben uns bewusst allgemein zur Wissenschaftsfreiheit und bezüglich des Wertes von Wissenschaft positioniert. Beides ist – wie wir ja auch ausführen – gerade für die G7-Länder extrem wichtig, gerät aber zunehmend unter Druck – und zwar nicht nur in den USA. Den symbolischen Wert einer solchen Erklärung, die von allen sieben Akademien der G7-Staaten unterzeichnet ist, sollte man nicht unterschätzen. Sowohl in der internationalen Politikberatung als auch in der Wissenschaftsdiplomatie ist es oft mehr wert, einen Text zu verfassen, der vielleicht ein wenig allgemeiner formuliert ist, den aber alle unterzeichnen, als einen Text, den nicht alle mittragen.

Kommt das häufiger vor?

Auch auf Ebene der G20 ist das so. In den vergangenen Jahren ist es immer wieder gelungen, dass auch Saudi-Arabien einen Text unterzeichnet hat, der sich zu einer globalen Energiewende weg von fossilen Brennstoffen bekennt. Das zeigt, was Wissenschaft manchmal kann, wenn dies in der Politik zu diesem Zeitpunkt nicht möglich ist.

Gerade haben sich die G7-Staats- und Regierungschefs in Kanada getroffen. Die sieben Wissenschaftsakademien haben im Vorfeld in Form von Stellungnahmen Input dafür gegeben, dieses Jahr ging es unter anderem um Datensicherheit, Klimawandel und Gesundheit. Der Gipfel wurde durch den Iran-Konflikt überschattet. Wäre es wie sonst gelaufen: Lassen sich für solche Treffen überhaupt Themen setzen?

Natürlich bestimmen die Wissenschaftsakademien nicht die Agenda des Gipfels. Aber es finden sich durchaus Punkte aus unseren Stellungnahmen in den Leaders' Communiqués, die am Ende der Gipfel veröffentlicht werden. Noch stärker sieht man das in den Communiqués der Fachminister. Darüber hinaus geschieht viel hinter den Kulissen. Wir sind in engem Austausch mit dem Sherpa-Stab des Kanzleramts, vor allem, wenn Deutschland die Federführung hat. Uns ist daran gelegen, Themen zu wählen, die für die Agenda der Gipfel wichtig sind.

Bei den G7- und G20-Gipfeln leisten Sie Politikberatung. Welche Aufgaben hat die Leopoldina sonst noch auf internationalem Parkett?

Wir fördern den internationalen Austausch und machen die deutsche Wissenschaft sichtbar, zum Beispiel durch Workshops, Vorträge oder auch in virtuellen Formaten. Und natürlich nimmt Science Diplomacy einen immer größeren Raum ein. Dazu gehört auch der Einsatz für akademische Freiheit und für Menschenrechte. Die Leopoldina hat ein eigenes Human Rights Committee, das sich für verfolgte und geflüchtete Wissenschaftler einsetzt.

Wie stimmen Sie sich bei internationalen Geschehnissen mit anderen Wissenschaftsorganisationen hierzulande ab?

An der Leopoldina ist der Ausschuss zur Koordinierung der Auslandsbeziehungen angesiedelt, kurz AKA, ein nationales Koordinationsgremium für internationale Themen. Dazu gehören auf Arbeitsebene die Leitungen der internationalen Abteilungen der Allianzorganisationen, außerdem der Max-Weber-Stiftung, der VolkswagenStiftung und des Fulbright-Programms. Demnächst werden wir uns zum Beispiel über die Geschehnisse in den USA austauschen und verständigen. Es geht vor allem um die wissenschaftsinterne Abstimmung und auch um die Kommunikation mit den Ministerien und anderen externen Stakeholdern. Nach Möglichkeit ziehen wir an einem Strang. Denn wenn viele das gleiche oder ähnliches sagen, hat das einen stärkeren Effekt, als wenn einer für alle spricht.

Wie gut ist der Draht zur chinesischen Akademie der Wissenschaften in Zeiten von De-Risking – und seit die frühere Bundesforschungsministerin warnte, dass hinter jedem

chinesischen Wissenschaftler die Kommunistische Partei stehen könnte?

Zur Chinese Academy of Sciences (CAS) haben wir sehr gute Kontakte. Das hängt zum Teil auch damit zusammen, dass Leopoldina-Mitglieder Foreign Members bei der CAS sind. Wir haben mit der CAS im Jahr 2018 die Konferenzreihe „Science for Future“ initiiert, in der es um die Bedeutung der Grundlagenforschung für die Gesellschaft geht. Letztes Jahr haben wir eine gemeinsame Erklärung zum Pariser Klimaabkommen und zur Kohlenstoffneutralität veröffentlicht, also durchaus auch politisch schwierige Themen, da China der weltweit größte CO₂-Emittent und unsere Partnerakademie CAS ein staatlicher Akteur ist. Hinter verschlossenen Türen sprechen wir zum Beispiel über die Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Kooperation und gehen dabei auch auf kritische Themen ein.

Das ist dann der diplomatische Teil Ihrer Arbeit?

Früher war die Kooperation mit China einfach eine von vielen internationalen Kooperationen. Mittlerweile würde ich die Kontakte mit China eher im Bereich Science Diplomacy verorten, weil die Kooperation mit China zum Politikum wurde, nicht zuletzt im Kontext der „Science Security“. Gerade deswegen ist es so wichtig, diese Kommunikationskanäle offenzuhalten und der chinesischen Seite unsere Position direkt zu vermitteln. Zum Beispiel machen wir klar, dass wir feste Rahmenbedingungen brauchen für den Umgang mit Daten und Klarheit darüber, dass deutschen Wissenschaftlern nichts passiert, wenn sie in China arbeiten.

Was hat sich insgesamt im internationalen Bereich geändert?

Bei internationalen Kooperationen ist es wichtiger geworden, dass sie interessen- und wertegeleitet sind. In der deutschen Wissenschaft gab es zum Beispiel in Bezug auf China sehr lange eine Art blinde Begeisterung für Kooperationen. Das ist heute nicht mehr vorstellbar. Heute ist es wichtiger als jemals zuvor sehr klar zu wissen, mit wem man arbeitet und was die Ziele und Grenzen einer Kooperation sind.

Steht die Wissenschaftsdiplomatie angesichts geopolitischer Krisen vor neuen Herausforderungen?

Die sogenannten „like-minded countries“ werden immer wichtiger, etwa im Verbund der G7. Diese Allianzen sollten wir stärken. Insgesamt steht die Wissenschaftsdiplomatie vor großen Herausforderungen – auch dadurch, dass das Vertrauen in die Wissenschaft in manchen Ländern massiv zurückgegangen ist. Die Wissenschaft ist die legitimierende Kraft, damit Wissenschaftsdiplomatie wirkt. Wenn Wissenschaft jedoch nicht mehr anerkannt wird, ist das ein großes Problem. Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass die Wissenschaftsdiplomatie sich ihre Unabhängigkeit beibehält und nicht anfängt, selbst Politik zu machen. Wir sind weder Politiker noch Diplomaten.

Sollte Deutschland mehr Science Diplomacy betreiben?

Science Diplomacy ist eine Art Werkzeug in den internationalen Beziehungen. Es wird

in Deutschland tatsächlich noch nicht ausreichend genutzt. In den Außenbeziehungen sind wir eine wichtige Kraft, die mit anderen Ländern spricht. Wir bauen Brücken und halten Kommunikationskanäle offen. Wissenschaft ist eine Softpower, deren Wert in Deutschland erst langsam wahrgenommen wird.

***Ruth Narmann** ist seit 2011 in der Abteilung Internationale Beziehungen der Leopoldina tätig, seit 2023 leitet sie die Abteilung. Davor arbeitete sie unter anderem bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) oder der Leibniz-Gemeinschaft. Sie hat Sinologie, Amerikanistik und Allgemeine Rhetorik an der Universität Tübingen, der National Political University (Taipeh, R.O.C.) und der Yale University (New Haven, USA) studiert und an der Universität Tübingen promoviert.*

Wissenschaftsdiplomatie in Nahost: Warten auf Entspannung

Zwischen Krise und Kooperation: Deutschlands Wissenschaftsdiplomatie im Nahen Osten stützt sich auf enge Beziehungen zu Israel, Leuchtturmprojekte wie Sesame und vorsichtige Öffnungen Richtung Golfregion – doch eine flexible Gesamtstrategie fehlt bislang.



Das Weizmann-Institut für Wissenschaften ist ein renommiertes Institut für naturwissenschaftliche Forschung und Ausbildung in Rehovot, Israel.

Wissenschaftsdiplomatie im Nahen Osten dient neben der Stärkung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit auch dem Vertrauensaufbau mit den Staaten und zwischen den Staaten in der Krisenregion.

Wichtigster Partner deutscher Wissenschaftseinrichtungen in der Region ist Israel. Bereits ein Jahr vor Aufnahme der offiziellen deutsch-israelischen Beziehungen, die sich in diesem Jahr zum 60. Mal jähren, [vereinbarten](#) das israelische Weizmann-Institut und die Max-Planck-Gesellschaft eine formelle Zusammenarbeit. Daraus entstand unter anderem die [Minerva-Stiftung](#) an der MPG mit Stipendien- und Forschungsprogrammen.

Auch darüber hinaus sind die Wissenschaftsbeziehungen zu Israel heute vielfältig und

schaffen gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Lage Gesprächsgrundlagen. Für das deutsche Forschungsministerium ist Israel ein „Wertepartner“, Helmholtz und Max-Planck unterhalten Büros in Israel und die Deutsch-Israelische Stiftung für Wissenschaftliche Forschung und Entwicklung (GIF) fördert die deutsch-israelischen Wissenschaftsbeziehungen.

Auch die deutschen Hochschulen, die HRK sowie die U15 unterhalten intensive Beziehungen zu Israel und stärken diese immer wieder durch Besuche, gemeinsame Tagungen und Forschungs Kooperationen. Dabei wird auch die arabische Bevölkerung Israels in den Blick genommen. Erst kürzlich [verstärkte das KIT seine Kooperation](#) mit Hasoub, einer gemeinnützigen Organisation, die diesen Teil der israelischen Gesellschaft stärker in den High-Tech-Sektor integrieren möchte.

Trotz der aktuellen politischen Lage in Israel steht außer Frage, dass diese starke Kooperation fortgesetzt werden soll. Dies haben die deutschen Wissenschaftsorganisationen, aber auch die Politik immer wieder deutlich gemacht. So [trat die Allianz der Wissenschaftsorganisationen](#) im Juni vergangenen Jahres Boykottaufrufen gegenüber der israelischen Wissenschaft „entschieden entgegen“. Und bei einem [deutsch-israelischen Symposium](#) im Dezember 2024 betonte man erneut den Schulterschluss und den Wunsch nach einem Ausbau gemeinsamer Aktivitäten.

Anders sieht das für die Palästinensischen Gebiete aus: „Es gibt derzeit keine bilateralen Projekte in den Palästinensischen Gebieten“, schreibt das BMFTR. So ist „der Förderzeitraum für die Palestinian-German Science Bridge (PGSB) am 31.03.2025 ausgelaufen“. Über eine mögliche Verlängerung der Förderung sei noch nicht entschieden, berichtet das Ministerium. „Möglichkeiten zur Fortführung des Projektes prüfen wir derzeit intensiv“, antwortet das Forschungszentrum Jülich (FZJ) auf Anfrage von *Table.Briefings*.

Das Projekt PGSB wurde gemeinsam vom FZJ und der Palestinian Academy for Science and Technology (PALAST) gestaltet. Ziel war es, ein gemeinsames Forschungs- und Bildungsprogramm in Palästina zu entwickeln und langfristig Voraussetzungen für die universitäre Ausbildung und Forschung im MINT-Bereich zu schaffen. Seit 2016 wurden beispielsweise Abschlussarbeiten oder Promotionsprojekte in Deutschland unterstützt.

Synchrotron Sesame ist Vorzeigeprojekt. Es gibt zaghafte Versuche, Verbindungen zu den Nachbarländern Israels wie Jordanien, Syrien oder dem Libanon aufzubauen oder zu stärken. Eines der herausragenden Projekte dort ist sicherlich Sesame, das erste Synchrotron im Nahen Osten, das in Jordanien stationiert ist. Beteiligt sind Ägypten, Bahrain, Iran, Israel, Jordanien, Pakistan, die Palästinensischen Autonomiegebiete, die Türkei und Zypern. Das Modell erinnert an das Cern, das auch Teile für das Synchrotron geliefert hat.

Deutschland engagiert sich. Auch Teile des ausgemusterten [Bessy I](#) kamen für Sesame zum Einsatz. Und auch heute noch ist Deutschland bei Sesame engagiert. Die Helmholtz-Gemeinschaft finanzierte die [Helmholtz-SESAME-Beamline](#) (HESEB), die

eine Vielzahl wissenschaftlicher Fragestellungen insbesondere in der Festkörper-, Grenzflächen- und Oberflächenphysik ermöglicht.

Otmar D. Wiestler, Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft, betonte bei der Eröffnung 2022, „Sesame zeigt schon seit vielen Jahren auf beeindruckende Weise, wie ein gemeinsames Forschungsprojekt Menschen aus verschiedenen Ländern des Nahen Ostens für die zivile Forschung zusammenbringen kann – ein Leuchtturm der Wissenschaftsdiplomatie.

Neben Ägypten ist Jordanien auch der Schwerpunkt der Aktivitäten des DAAD in der Region. In beiden Staaten, die als politisch stabil gelten, unterhält die Austauschorganisation Außenstellen, um Studierende, Promovierende und Postdocs in der Region informieren zu können. Für Projekte deutscher Hochschulen im Nahen Osten seien die beiden Länder von großer Bedeutung.

Perspektivisch werden die wissenschaftsdiplomatischen Beziehungen zur Golfregion an Bedeutung gewinnen. Auch wenn das BMFTR derzeit keine konkreten Projekte dort fördert, lädt man am 21. Mai zum zweiten Fachgespräch. Dabei denkt man vermutlich hauptsächlich an Länder wie Saudi-Arabien oder die Emirate. Ziel sei es, „einen aktuellen Überblick in der Region zu gewinnen – dies war auch 2024 Ergebnis des ersten Ländergesprächskreises Golfregion“, schreibt das BMFTR auf Anfrage von *Table.Briefings*.

Deutschland als Mittler zwischen Golfstaaten und Israel? Gesprächspartner aus Wissenschaftsorganisationen und Hochschulen bestätigen das wachsende Interesse an der Region. Auf strategischer Ebene sieht man sich zum Teil als Wegbereiter für spätere Kooperationen, in die auch Israel einbezogen werden könnte – wenn sich die politische Lage wieder entspannt. Dem gegenüber stehen Unsicherheiten, beispielsweise hinsichtlich der Entwicklung der Situation im Bereich der Forschungssicherheit. Aber auch die Qualitätsfrage spielt eine Rolle. Nachdem zuletzt saudische Universitäten **mit fragwürdigen Methoden** ihre Position bei Rankings verbessern wollten, ist man bei Kooperationen vorsichtiger geworden.

Noch fehlt eine übergreifende wissenschaftsdiplomatische Strategie für den Nahen Osten. Doch angesichts oft unvorhersehbarer Entwicklungen in der Region müsste diese wohl sehr flexibel formuliert werden. „Idealisierte Strategien der Wissenschaftsdiplomatie sind auf diese Realitäten nicht vorbereitet“, schrieben Yoran Beldengrün, Ronit Prawer und Mahmoud Khweis **in einem Standpunkt** für *Table.Briefings*. Sie hoffen auf „mutige Forscher, die sich gemeinsam um eine bessere Zukunft für die Region bemühen“.

Digitale Zeiten brauchen neue Allianzen: Warum wissenschaftliche Netzwerke unverzichtbar sind

Digitale Machtverschiebungen, KI und Geopolitik fordern neue Formen der Zusammenarbeit. Sofie Schönborn und Urs Gasser zeigen, warum wissenschaftliche Netzwerke wie das Network of Centers zu Schlüsselakteuren einer gerechten und resilienten Science Diplomacy werden.



Urs Gasser und Sofie Schönborn von der Technischen Universität München (TUM).

Die großen Herausforderungen unserer Zeit – Klimakrise, geopolitische Spannungen, Pandemien – treffen auf einen tiefgreifenden technologischen Wandel, der Gesellschaften, Institutionen und internationale Beziehungen neu strukturiert. Insbesondere im digitalen Raum entstehen neue Machtzentren, Abhängigkeiten und Konfliktlinien. Fragen der Datenhoheit, KI-Governance oder Plattformregulierung sind längst nicht mehr nur technische oder wirtschaftliche Themen, sondern hochpolitische Aushandlungsprozesse. Vor diesem Hintergrund zeigt sich, wie zentral interdisziplinäre, internationale Zusammenarbeit geworden ist – gerade dort, wo klassische Strukturen an ihre Grenzen stoßen.

Netzwerke als Brückenbauer in einer fragmentierten Welt. Traditionelle diplomatische Instrumente tun sich zunehmend schwer, mit der Geschwindigkeit, Komplexität und Interdependenz digitalpolitischer Entwicklungen Schritt zu halten. Blockaden in multilateralen Gremien, geopolitisch aufgeladene Technologieabkommen oder fehlende Foren für vertrauensvollen Austausch verdeutlichen die Lücken. Wissenschaftliche Netzwerke können hier eine komplementäre Rolle spielen. Sie schaffen Räume, in denen Forschung, Politik, Industrie und Zivilgesellschaft über institutionelle und nationale Grenzen hinweg zusammenkommen – nicht auf Basis

kurzfristiger Interessen, sondern gemeinsamer Werte und wissenschaftlicher Evidenz.

Das [Network of Centers](#) (NoC), dem der TUM Think Tank seit 2023 angehört, ist ein solches Netzwerk. Es verbindet über 100 akademische Institutionen weltweit, die an den Schnittstellen von Technologie, Recht, Gesellschaft und Politik arbeiten. Ziel ist es, Forschung zur digitalen Transformation zu stärken und in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Das Netzwerk ermöglicht nicht nur transnationale Kooperation, sondern unterstützt gezielt lokale Kontexte – etwa durch Beratungsgremien für nationale KI-Strategien oder die Inkubation regionaler Hubs.

Netzwerke als Möglichmacher. Ein zentraler Vorteil von Netzwerken wie dem NoC liegt in ihrer Fähigkeit, globale Herausforderungen mit lokalem Wissen zu verknüpfen. In Thailand wurde beispielsweise im Rahmen der AI Governance Clinic ein interdisziplinäres Beratergremium aufgebaut, das nationale Akteure beim Aufbau von KI-Governance-Strukturen unterstützt. In Mauretanien hat das Netzwerk gemeinsam mit dem TUM Think Tank und der GIZ an der Erarbeitung einer KI-Strategie mitgewirkt, die sich an internationalen Best Practices orientiert, aber den spezifischen nationalen Kontext berücksichtigt. Diese Beispiele zeigen: Netzwerke ermöglichen nicht nur Austausch, sondern auch konkrete Umsetzungsunterstützung – partizipativ und kontextsensibel.

Netzwerke als Treiber für gerechte und inklusive Digitalisierung. Gerade im Bereich digitaler Technologien besteht die Gefahr, dass bestehende Ungleichheiten reproduziert oder vertieft werden. Netzwerke wie das NoC setzen sich dafür ein, dass technologische Entwicklung nicht nur wenigen zugutekommt, sondern inklusive und nachhaltige Strukturen entstehen. Der Aufbau lokaler Expertise, der Austausch zwischen Regionen des Globalen Südens und Nordens, und die Entwicklung kontextsensibler Governance-Modelle sind entscheidende Schritte, um eine faire digitale Zukunft zu gestalten.

Vertrauen und Kooperation jenseits geopolitischer Blockaden. In einer zunehmend polarisierten Welt wird die Bedeutung vertrauensbasierter Zusammenarbeit immer größer. Netzwerke bieten Räume, in denen auch Akteure mit unterschiedlichen politischen Hintergründen gemeinsam an evidenzbasierten Lösungen arbeiten können. Das Projekt *Hemispheres*, initiiert von NoC-Partnerinstitutionen, fördert etwa den Dialog zwischen Europa, Lateinamerika und der Karibik zu Grundsatzfragen wie KI-Governance oder Plattformregulierung – mit dem Ziel, demokratische, inklusive und menschenrechtsbasierte digitale Räume zu stärken und voneinander zu lernen.

Was es jetzt braucht: Strukturelle Unterstützung für Netzwerke. Trotz ihres Beitrags zu Wissenschaftsdiplomatie, Digitalisierung und internationaler Kooperation sind viele Netzwerke strukturell unterfinanziert. Häufig operieren sie auf projektbezogener Basis, ohne die notwendige Planungssicherheit, um langfristige Strategien zu verfolgen. Um das Potenzial solcher Initiativen voll auszuschöpfen, braucht es:

- Langfristige und flexible Fördermechanismen, die über Einzelprojekte

hinausgehen,

- gezielte Programme zur strukturellen Stärkung von Netzwerkorganisationen,
- eine institutionelle Verankerung in außen-, forschungs- und digitalpolitischen Strategien.

Für eine resiliente Wissenschaftsdiplomatie im digitalen Zeitalter. Wissenschaftliche Netzwerke sind zu unverzichtbaren Akteuren einer zukunftsgerichteten Diplomatie geworden. Sie verknüpfen lokales Wissen mit globalen Herausforderungen, schaffen Vertrauen über Grenzen hinweg und ermöglichen konkrete, evidenzbasierte Politikgestaltung im digitalen Raum. In einer Zeit, in der technologische Entwicklungen die Grundlagen gesellschaftlicher Ordnung neu verhandeln, braucht es solche Netzwerke mehr denn je. Es liegt an Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, ihre Rolle zu stärken und ihre Wirkung langfristig abzusichern.

Sofie Schönborn ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für „Public Policy, Governance and Innovative Technology“ an der Technischen Universität München (TUM). Sie leitet u.a. die Digital Sovereignty Initiative und die Immersive Realities Group am TUM Think Tank, der Teil des Network of Centers ist.

Urs Gasser ist Professor für Public Policy, Governance and Innovative Technology und Rektor der Hochschule für Politik (HfP) sowie Dekan der TUM School of Social Sciences and Technology. Seine Forschung konzentriert sich auf die Wechselwirkungen zwischen innovativen Technologien und Gesellschaft, insbesondere auf die sozialen und regulatorischen Auswirkungen von KI, Augmented und Virtual Reality sowie Quantentechnologien.

Geopolitik: Warum Science Diplomacy kein stumpfes Schwert ist

Angesichts der geopolitischen Verwerfungen setzt sich der Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung, Robert Schlögl, im Interview mit *Table.Briefings* für neue Bündnisse und Formen der Wissenschaftsdiplomatie ein und erklärt, wie diese aussehen könnten.



Der Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung, Robert Schlögl.

Angesichts der weltweiten Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit und antidemokratischer Tendenzen hält der Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung eine werte- und wettbewerbsorientierte Ausrichtung der Science Diplomacy und neue Allianzen für wichtig. „Wir müssen einen ‚Club der Vertrauten‘, eine neue Wertegemeinschaft in der Welt schaffen, weil die üblichen Blockstrukturen, die wir in der Vergangenheit kannten, verschwunden sind“, sagt Robert Schlögl im Gespräch mit *Table.Briefings*.

Starker Druck auf die Wertegemeinschaft. Man dürfe sich nicht mehr blind auf die transatlantische Sicherheitsarchitektur verlassen. Eine neue Wertegemeinschaft werde in naher Zukunft aus verschiedenen Richtungen sehr starkem Druck ausgesetzt sein, auch die Kriegsführung sei heutzutage hybrid. „Deshalb sollten wir genau wissen, wer dazu gehört, wer unsere Freunde sind, auf wen wir uns verlassen können.“

Science Diplomacy sei in dieser Zeit kein stumpfes Schwert: „Wenn Institutionen nicht mehr miteinander umgehen können, dann können das immer noch Menschen. In der Science Diplomacy haben wir ein sehr starkes Netzwerk. Da spreche ich speziell für die Alexander von Humboldt-Stiftung, aber auch generell für die gesamte deutsche Wissenschaft.“ Die zahlreichen Kontaktpunkte seien wirksam, weil sie Vertrauen erzeugen und bewahren würden. In „regellosen Zeiten“ sei Vertrauen „Gold wert“.

Technologieabhängigkeit verringern. Deutschland und Europa müssten gleichzeitig darauf hinwirken, ein weiteres globales Auseinanderdriften zu vermeiden und selbstständiger werden. „Da brauchen wir nicht an Zukunftstechnologien wie grünen Wasserstoff, Quantencomputing oder KI zu denken. Es reichen alltägliche Technologien. Stellen Sie sich vor, die USA verweigern einen Zugang zu ihren GPS-Satelliten oder zu ihrer Rechnerinfrastruktur“, mahnt der Chemiker.

Deutschland muss risikofreudiger werden. Man habe sich zu lange auf industriellen Erfolgen ausgeruht und das, was in großem Stil erwirtschaftet wurde, „konsumtiv eingesetzt“. „Wir müssen aufhören, unsere Reserven zu verbrutzeln, statt sie in Resilienz und Zukunft zu investieren“, fordert Schlögl. Die Zeit, in der Deutschland risikofreudig und technologieaffin war, habe vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis hinein in die 80er Jahre ange dauert. Heute achte man nur noch darauf, Besitzstände zu bewahren und verpasse die Entwicklung in der Welt.

Erfolge statt erhobener Zeigefinger. Mit Blick auf die Science Diplomacy sei ein erster Schritt, mit erfolgreichen Beispielen zu argumentieren und nicht mit moralischen Prinzipien. „Wir machen nur nicht genug aus dem, was wir an Potenzialen haben. KI ist ein gutes Beispiel. Wir erstarren dann immer, weil wir nicht so viele Rechenzentren haben wie die Amerikaner. Aber KI wurde zu einem nicht geringen Teil, zumindest algorithmisch, auch in Deutschland und Europa ersonnen.“ Deutschland müsse zeigen, „was wir auf dem Kasten haben und wie Wissenschaft als Science Diplomacy im Sinne einer neuen Wertegemeinschaft genutzt werden kann“.

Den eigenen Nutzen ehrlich kommunizieren. Man müsse den Partnern zuhören, aber auch den eigenen Nutzen ehrlich kommunizieren. „Schlussendlich, wenn es um die besten Köpfe geht, müssen wir für eine wettbewerbsorientierte Science Diplomacy stärker berücksichtigen, dass die auch die richtige Umgebung brauchen. Andere Länder machen das: Da bekommt der beste Mediziner sein Krankenhaus dazu. Das sollten wir uns auch leisten, wenn man bedenkt, welchen Wert für die Gesellschaft wir dadurch erzeugen.“

Stärkere Berücksichtigung des globalen Südens. Als konkretes Beispiel für eine gelingende Außenwissenschaftsdiplomatie nannte Schlögl die Forschungshubs der AvH in Afrika. „Mit der Mischung aus Spitzenwissenschaft und lokaler Expertise könnte man viel mehr erreichen, wenn man es größer ausrollen würde“, sagt der AvH-Präsident. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen hätten die europäische und die deutsche Politik den afrikanischen Kontinent lange Zeit einfach nicht auf dem Schirm gehabt. Mit Südostasien und Südamerika sei es ähnlich. Andere Teile der Welt hätten

sich in der Zwischenzeit dort engagiert.

AvH plant neue Formate der Science Diplomacy. Die Alexander von Humboldt-Stiftung plane zudem künftig verstärkt die Entwicklung von Formaten zu forcieren, die auf die Beratung von Politikern und Entscheidungsträgern abzielen. „Unsere vorrangige diplomatische Mission war lange, ein positives Deutschlandbild zu vermitteln. Das ist auch weiter unser Ansinnen. Aber die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung geht darüber hinaus.“ Insofern versuche man bei der AvH durch Programme wie das Communication Lab oder das Residency-Programm mehr in die Gesellschaft hineinzuwirken.

Austausch von Wissenschaft und Politik befördern. Im Herbst werde zusätzlich ein neues Placement Scheme starten, mit dem man in Richtung direkter Politikberatung gehen wolle. Angedacht sind Aufenthalte von Geförderten der Humboldt-Stiftung in einem Ministerium oder bei Bundestagsabgeordneten. „Der wesentliche Punkt ist, Austausch zwischen Wissenschaft und Politik zu fördern und Methoden der Wissenschaft und des wissenschaftlichen Denkens stärker in die politische Arbeit zu bringen.“ Es gehe um ein Capacity Building auf beiden Seiten.

Wunsch nach Aufwertung der Wissenschaftsdiplomatie. An eine neue Bundesregierung richtet Schlögl den Wunsch, die Außenpolitik einheitlicher zu gestalten. „Es macht keinen Sinn, dass wir viele Ressorts und Akteure haben, die scheinbar ihre eigene Außenpolitik betreiben.“ Zudem solle Wissenschaft ein „substanzieller Teil der internationalen Marke Deutschlands“ und „ein elementarer Teil deutscher Außenpolitik sein“. Science Diplomacy müsse bei den Prioritäten nach oben rücken. Auch die AvH habe in diesem Feld in den letzten Jahren stark dazugelernt.

Was der AvH-Präsident zur Idee eines Chief Scientific Advisors sagt, lesen Sie im [ausführlichen Interview](#) mit Robert Schlögl.

Science Diplomacy Hub: Wo Wissenschaft auf globale Diplomatie trifft

Mitten in Washington bringt der Science Diplomacy Hub der Johns Hopkins University Forschende, Diplomaten und Politiker zusammen. Gründerin Ona Ambrozaite zeigt, wie Wissenschaft in geopolitischen Krisen Brücken bauen und Politik konkret beeinflussen kann.



Ona Ambrozaite ist die Co-Gründerin und -Direktorin des Johns Hopkins Science Diplomacy Hub in Washington D.C..

Das Bloomberg Center der Johns Hopkins University liegt in Washington D.C. nur wenige hundert Meter vom Capitol Hill entfernt. Fast mittig zwischen US-Kapitol und Weißem Haus. Majestätische Mauern, moderne Glasfassade, konfigurierbare Räume: Die Universität, die ihren Sitz im rund 70 Kilometer entfernten Baltimore hat, hat das Gebäude vor einigen Jahren in einen zeitgemäßen Ort der Begegnung zwischen akademischen Experten und nationaler und globaler Politik und Diplomatie verwandelt.

„Die Vision für das Bloomberg Center ist, allen einen Zugang zu ermöglichen, sowohl Studierenden und Wissenschaftlern, Politikern und Diplomaten als auch Kulturschaffenden und Wirtschaftsvertretern“, sagt Ona Ambrozaite, die im September 2023 in eben diesem Gebäude den Science Diplomacy Hub der Johns Hopkins University gegründet hat. Grundlage dafür war der Nexus Award, den die Universität für die Förderung zukunftsweisender Projekte im Bloomberg Center ausschreibt.

„Wir wollten mit dem Science Diplomacy Hub eine Lücke schließen. Wir haben an der JHU so viel exzellente Forschungsexpertise zu aktuellen Themen wie KI, Medizin oder Quantentechnologie. Die Forschung der Kolleginnen und Kollegen hat gesellschaftliche und politische Implikationen. Und ganz in der Nähe sind die Politiker und Diplomaten aus aller Welt, die an denselben Themen arbeiten, aber zu selten dazu kommen, sich mit den Experten auszutauschen“, beschreibt Ambrozaite ihre Motivation für den weltweit bislang einzigartigen Knotenpunkt zwischen Wissenschaft und Diplomatie.

Feste Büros gibt es im Bloomberg Center für den Science Diplomacy Hub nicht. Die brauche es aber auch gar nicht, sagt Ambrozaite. Denn das Ziel des Hubs seien ja Austausch und Begegnung. Mit monatlichen Veranstaltungen, Workshops und einem jährlichen Science Diplomacy Summit haben die beiden Gründer – Co-Leiter ist der Chemie-Nobelpreisträger Peter Agre – schon in den ersten anderthalb Jahren eine engagierte und internationale Community aufgebaut.

Große Motivation für Austausch und Begegnung: „Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kennen sich in ihren Fachgebieten sehr gut aus. Manchmal vergessen sie darüber aber das große Ganze oder glauben, dass sie ohnehin keinen Einfluss auf Politik und Entscheidungsträger haben“, sagt Ambrozaite. Wir bieten ihnen aber einen unkomplizierten Zugang und auch einen Ort, an dem sie trainieren können, komplexe Sachverhalte an Generalisten zu vermitteln und damit möglicherweise einen direkten Impact zu haben.

Auf der anderen Seite schätzen internationale Diplomaten den einfachen und unkomplizierten Zugang zur Ressource Wissen. „Es geht für die meisten darum, bessere Entscheidungen treffen zu können, neue Insights zu bekommen.“ Nicht selten seien Vertreterinnen und Vertreter von zehn oder 15 verschiedenen Nationen bei den Veranstaltungen. „Ich denke, unsere Gäste finden auch diesen multilateralen Austausch sehr bereichernd.“ Der Hub will dabei ausdrücklich kein exklusiver Zirkel, sondern offen für alle Interessierten sein.

Einfacher Zugang zu High-Level-Akteuren: Die Themen des Austauschs wie zuletzt Polar-, Space- oder Sicherheitsdiplomatie würden oft direkt aus dem Netzwerk stammen und aktuelle politische Debatten abbilden. „Unsere Agenda entsteht oft organisch und fast immer wie von selbst.“ Viele Gäste und Partner aus der Universität und den Botschaften wüssten inzwischen den Zugang zu den Räumlichkeiten und den anderen High-Level-Akteuren zu schätzen. Anders als bei vielen anderen Veranstaltungen in der US-Hauptstadt würden auch keine Konferenzgebühren veranschlagt.

Jährlicher Höhepunkt des Austausches ist der Science Diplomacy Summit, der in diesem Jahr am 14. und 15. April zum zweiten Mal stattfindet. „Da bringen wir unsere wichtigsten Themen und hunderte Akteure zusammen und sammeln wieder Inspiration für weitere Veranstaltungen.“ Besonders aktiv in der Community seien europäische Länder wie Deutschland, die Schweiz oder Finnland, aber auch Staaten wie Brasilien und Japan, die eine lange Tradition im Bereich Wissenschaftsdiplomatie

haben.

Gerade in Zeiten geopolitischer Krisen könne eine Einrichtung wie der Science Diplomacy Hub Gesprächskanäle offenhalten. „Wir können hier auch mit Forschenden, die nicht aus Partnerländern kommen über Alterns-, Arktis- oder Klimaforschung sprechen, denn das sind globale Probleme, die uns alle betreffen“, sagt Ambrozaite. Bei anderen Themen wie Fusions- oder Quantenforschung, wo Staaten im Wettbewerb miteinander stehen, seien viele Akteure vorsichtiger. „Aber grundsätzlich findet sich immer ein Thema, über das man gemeinsam im Austausch sein kann.“

Sehr bereichernd sei in dem Zusammenhang auch die Perspektive ihres Co-Gründers Peter Agre. Der renommierte Mediziner und Molekularbiologe habe seinen Nobelpreis eingesetzt, um diplomatische Brücken zu bauen. „Er hat beispielsweise eine wissenschaftliche Delegation geleitet, die nach Kuba gereist ist, als das Land mit den USA noch große Differenzen hatte.“ Wissenschaft könne Länder verbinden, wenn für eine andere Form der Diplomatie kein Raum sei.

Wichtig sei auch die alltägliche Beziehungspflege. „Ich habe mich vor meinem Engagement am Science Diplomacy Hub zum Beispiel mit der Regulierung von Pestiziden in Zusammenarbeit mit Belgien beschäftigt oder gemeinsame Projekte mit Japan und der Schweiz umgesetzt.“ Die Harmonisierung von Regeln und Gesetzen sei gerade mit Blick darauf, wie disruptiv technologische Innovationen unser Leben und Gesellschaften verändern, ein wichtiges Thema.

Ona Ambrozaite wirbt für Nachahmer in anderen Ländern und kann sich auch einen Science Diplomacy Hub in der deutschen Hauptstadt vorstellen. Man habe über die Berlin Science Week und auch den DAAD und die DWIH viele Kontakte nach Deutschland. „Wir sind dankbar, dass wir hier mit den Zuschüssen der Universität ein solches Projekt starten konnten. Natürlich haben wir in Washington Glück, an einem besonderen Ort zu sein, wo internationale Experten ganz selbstverständlich zusammenkommen.“

Der wissenschaftliche Nachwuchs profitiert: Mit Blick auf die steigende Bedeutung von Wissenschaftsdiplomatie und die größeren Herausforderungen, habe der Science Diplomacy Hub auch eine wichtige Funktion für die nächste Generation. „Wir können hier sehr anschaulich Karrierewege und Perspektiven aufzeigen und natürlich Kontakte vermitteln.“ Gleichzeitig könnten Studierende und Nachwuchs-Wissenschaftler sehen und lernen, wie wichtig es ist, Forschung kommunizieren und vermitteln zu können.

Ona Ambrozaite ist die Co-Direktorin und -Gründerin des Johns Hopkins Science Diplomacy Hub und Absolventin am Fachbereich Chemie der Krieger School of Arts Sciences der JHU. Als Wissenschaftlerin beschäftigt sie sich mit neuartigen Halbleitern für Anwendungen in der Quanteninformationswissenschaft und -technologie.

„Wir brauchen ein Sonderprogramm Zeitenwendeforschung“

Zwischen Autonomie und Geopolitik: Christian E. Rieck erklärt, warum Science Diplomacy mehr sein muss als Kulturpolitik, welche Lehren der Bruch mit Russland zeigt und wie Deutschland Wissenschaft strategischer in den Außenbeziehungen nutzen sollte.



Christian E. Rieck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Militärgeschichte und Kulturgeschichte der Gewalt der Universität Potsdam.

Herr Rieck, Sie koordinieren an der Universität Potsdam für den Lehrstuhl für Militärgeschichte und Kulturgeschichte der Gewalt dessen Studiengänge War and Conflict Studies sowie International War Studies. Wie unterscheiden sich diese von denen in der Friedens- und Konfliktforschung?

Zunächst einmal ist der Literaturapparat ein anderer und wir unterscheiden uns auch in unseren Methoden. Zentrale Bausteine unserer Arbeit am Lehrstuhl sind die Militärgeschichte, die Sicherheitspolitik, die Internationalen Beziehungen und auch die Militärsoziologie. Da unterscheiden wir uns deutlich von der Friedens- und Konfliktforschung: Wir sind näher dran an den Streitkräften als professionellen Gewaltakteuren. Stichworte sind zum Beispiel "Military Cultures of Violence" oder "Tribal Cultures in the Military". Mit der Bundeswehr, die ja die demokratischsten Streitkräfte sind, die Deutschland je hatte, arbeiten wir auch in Forschung und Lehre zusammen.

Was ist das Erkenntnisinteresse von Wissenschaftlern in der Kriegs- und

Konfliktforschung?

In den War and Conflict Studies wollen wir diesen Gewaltakteur von innen verstehen. Dafür müssen wir die Eigenlogiken der Streitkräfte begreifen, die deren Organisation und Operationen bestimmen. Grundannahme ist hierbei, dass das, was auf dem Kriegsschauplatz passiert, auf die Akteure zurückwirkt und deren spezifische, formale und informelle, militärische Reaktion darauf wiederum die Kriegsführung beeinflusst. Die Friedens- und Konfliktforschung hat natürlich viele wichtige und verwandte Themen. Aber der Schwerpunkt liegt doch auf der Prävention sowie der Lösung von Konflikten, vor allem durch nichtmilitärische, diplomatische Mittel. Und das ist, völlig ohne Wertung, ein ganz anderer Zugang als der der Kriegs- und Konfliktforschung, die militärischer Macht hierbei eine größere Bedeutung zuweist.

Wie groß ist Ihr Forschungsbereich in Deutschland?

Hierzulande gibt es sehr wenige Militärgeschichtler, überwiegend Geschichtswissenschaftler mit einem Forschungsinteresse an und einem studentischen Ausbildungsbedarf in unterschiedlichen Epochen und die Militärgeschichte sozusagen nur nebenbei machen können. Es gibt nur einen einzigen Lehrstuhl, der schon im Namen allein der Militärgeschichte gewidmet ist und das ist der Lehrstuhl von Sönke Neitzel. Unsere Schwerpunkte liegen im Bereich Weltkriegsgeschichte, Kalter Krieg, neueste Einsatzgeschichte sowie der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wir pflegen enge Verbindungen zum Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), die bei uns unter anderem die Bereiche Technikgeschichte und Militärsoziologie abbilden, die es an zivilen Universitäten in Deutschland nicht mehr gibt. Im angelsächsischen Bereich, also im Vereinigten Königreich und den USA hat dagegen jede größere Universität ein eigenes Department of War Studies, das sich mit der vielgestaltigen Militärgeschichte beschäftigt und diese mit den zahlreichen Nachbardisziplinen in den War Studies und auch den Strategischen Studien verknüpft.

Was sind also die konkreten Gründe für die deutsche Zurückhaltung bei der Kriegs- und Konfliktforschung?

Das hat mehrere Gründe und hängt nicht primär mit den Zivilklauseln zusammen, wie man vielleicht vermuten könnte. Das Defizit liegt einerseits im mangelnden politischen Willen begründet, auf Landes- und Bundesebene die War Studies als eigenes Fach zu finanzieren. Andererseits ist es in Deutschland aus finanziellen Gründen schon seit Jahrzehnten fast unmöglich, in größerem Maßstab zur Profilbildung neue Lehrstühle zu schaffen, wenn man nicht in den Naturwissenschaften beheimatet ist. Um die War Studies in der Forschungslandschaft zu verankern, müssten die Universitäten bereits bestehende Lehrstühle aktiv umwidmen, zum Beispiel an historischen Instituten. Die sind aber eher an der Abdeckung aller Epochen interessiert, nicht zuletzt, weil der Ausbildungsbedarf zum Beispiel in der Lehrerausbildung diese Breite erfordert. In Potsdam ist unser Lehrstuhl 1996 als Stiftungslehrstuhl des BMVg geschaffen worden, den das Land Brandenburg nach fünf Jahren Projektförderung zwar übernahm, dem Historischen Institut aber auftrag, dafür einen anderen Lehrstuhl zu streichen. Die

Projektförderung der Militärgeschichte ist aber ein absoluter Einzelfall.

Was müsste passieren, damit eine größere Forschungscommunity in den War Studies entsteht?

Um etwas an der Unterrepräsentation der War and Conflict Studies zu ändern, müssten die Landesregierungen frische Mittel zur Erforschung dieser Konflikt- und Kriegsphänomene zur Verfügung stellen – auch damit neue Forschungscluster in diesem Feld entstehen können. Die Länder haben daran aber kein Interesse, denn das Thema ist für (vor allem linke) Landesregierungen nicht gerade „sexy“. Spätestens seit 2022 hatten wir erwartet, dass es zumindest im Bund mehr Bewegung geben würde: In der aktuellen sicherheitspolitischen Großwetterlage könnte wenigstens projektweise der Bund die Finanzierung übernehmen, zum Beispiel aus dem Auswärtigen Amt heraus, das nicht nur die Friedens- und Konfliktforschung mit Förderung bedenkt. Denkbar wäre auch eine Förderung durch das Bundesverteidigungsministerium, gerade in den Strategischen Studien. Aber die Bundesregierung fördert – aus guten historischen Gründen – fast nur die Friedensforschung. Notwendig wäre nach der Zeitenwende dagegen ein groß angelegtes Förderprogramm des Bundes für die War Studies, von BMFTR und BMVg – ein „Sonderprogramm Zeitenwendeforschung“, das dieses Forschungsfeld als Daseinsvorsorge versteht, so wie in den Gesundheitswissenschaften.

Welche Perspektiven fehlen, wenn Ihr Forschungsfeld unterrepräsentiert ist?

Vor allem etwa die Perspektive der Militärsoziologie. Eine wichtige Frage ist ja: Wie funktionieren Streitkräfte eigentlich? Dieses Spannungsfeld zwischen Individuum und Organisation wird in anderen zivilen Organisationsformen gründlich erforscht. Soziologen an Universitäten beschäftigen sich in Deutschland aber kaum oder gar nicht mit dem Militär, weil man damit auch forschungs- und förderpolitisch keinen Blumentopf gewinnt. Es existiert auch keine spezifisch deutsche Fachzeitschrift, die die War Studies abbilden könnte. Höchstens vielleicht die SIRIUS, die vor allem politikwissenschaftliche Beiträge veröffentlicht, und die MGZ, die einen engen Fokus auf die Militärgeschichte hat. Es gibt sicher auch bei Einzelnen die Angst, dass man als Wissenschaftler dann in die rechte Ecke gestellt wird. Eine größere Fachcommunity würde jedoch einen breiteren, diverseren Diskurs auch in den War Studies ermöglichen. Militärgeschichte findet in Deutschland derzeit fast ausschließlich auf der Ebene der Qualifikationsarbeiten statt, also vor allem der Promotionen. Die Bundeswehr als militärischer Akteur wird zu wenig aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Das kann nicht im Interesse unserer freiheitlichen Demokratie sein, die in der neuen geopolitischen Konstellation auch militärisch mehr Macht übernehmen muss.

Können Sie das an einem Beispiel erklären?

Historisch bedingt werden Streitkräfte in Deutschland häufig ausschließlich als Gewaltakteure gesehen, denen unbedingt zu misstrauen ist. Der Kurzschluss ist dann: Gewaltakteure neigen zu Übertreibungen und Kriegsverbrechen. Als ob das eine

Zwangsläufigkeit wäre. Um zu begreifen, muss man verstehen, wie militärische Strukturen und Akteure von innen funktionieren. Man muss die richtigen Fragen stellen, also etwa: Unter welchen externen und internen Bedingungen kommt es zu solchen Übertreibungen? Wie genau lassen sich Dynamiken, die zu Grenzüberschreitungen führen, organisatorisch und kulturell einhegen, ohne die militärische Wirksamkeit aus den Augen zu verlieren? Ein solches Verständnis der Gewaltakteure ist aber bei zu vielen Beobachtern unterentwickelt. Und das hängt mit dem Friedensprojekt der Bundesrepublik zusammen, das seit 1949 stark die Sozial- und Geisteswissenschaften miterfasst hat. Bislang ist noch nicht überall angekommen, was die vom Bundeskanzler ausgerufene Zeitenwende auch für diese Disziplinen bedeuten sollte. Wir müssen jetzt viele Themen neu betrachten, für die neue disziplinären Zugänge interessant und sinnvoll wären.

Welche wissenschaftlichen Chancen aber auch methodischen Herausforderungen ergeben sich aus der Nähe zu einer Ressortforschungseinrichtung wie dem ZMSBw? Wie lässt sich dabei wissenschaftliche Unabhängigkeit wahren – gerade bei sensiblen Themen wie der Einsatzgeschichte?

Für uns an einer zivilen Universität keine. Niemand bestimmt unsere Forschungsagenda oder beschränkt den Zugang zu militärischen Quellen. Das ZMSBw ist eher ein stimulierender Sparringpartner für uns. Alle Ressortforschungseinrichtungen genießen Wissenschaftsfreiheit, wengleich sie gebundene Forschung machen, also konkrete staatliche Forschungsaufträge erhalten. Das ZMSBw und seine Vorläufer haben sich seit ihrer Gründung darüber hinaus einen hohen Grad an Kompetenz, aber auch an wissenschaftlicher Unabhängigkeit, erarbeitet. In Deutschland ist diese Forschungskultur gut eingeübt, auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Aber wir brauchen schon eine bessere, die Ressortforschung im Inland ebenso wie die vielfältigen Außenbeziehungen mitdenkende, Forschungsplanung – nicht nur der Diplomatie, sondern auch der Verteidigungspolitik.

Christian E. Rieck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Militärgeschichte und Kulturgeschichte der Gewalt der Universität Potsdam, wo er sowohl zur Verteidigungs- als auch zur Entwicklungspolitik arbeitet. Davor Stationen in der angewandten Politikforschung in Berlin, Hamburg und Mexiko.

Science Diplomacy: Warum es endlich eine Strategie und Science Advisors braucht

Deutschland importiert Leitbegriffe der Wissenschaftspolitik – doch bei Science Diplomacy fehlt eine klare Strategie. Tim Flink zeigt, warum eine interessen- und wertegeleitete Wissenschaftsdiplomatie angesichts geopolitischer Spannungen überfällig ist.



Tim Flink ist als Manager für Forschungspolitik und Zukunftstechnologien beim Verband der forschenden Arzneimittelhersteller (vfa) tätig.

Die deutsche Wissenschaftspolitik ist notorischer Importeur internationaler Leitideen. Die Liste der Semantiken ist lang: Profilbildung, Exzellenz, Frontier Research, Grand Challenges oder missionsorientierte Forschung. Sie alle stehen für einen Reformprozess, in dem es um Effizienzsteigerung, Sichtbarkeit, wirtschaftliche und gesellschaftliche Relevanz sowie Verantwortung der Wissenschaft geht.

Dabei hat der Aktionsradius der Wissenschaft globale Ausmaße angenommen. Innovationen sind global absetzbar, Wissenschaft befasst sich mit grenzüberschreitenden Problemen und ist selbst Teil geopolitischer Auseinandersetzungen geworden. Von daher leuchtet ein, dass die Internationalisierung der Wissenschaft selbst einem semantischen Wandel unterliegt: Seit 2008 wurde in Deutschland zunehmend auf den Begriff „Science Diplomacy“, beziehungsweise Wissenschaftsdiplomatie, rekurriert, einem weiteren Begriffsimport

aus den USA. Dort wurde Wissenschaft Bestandteil einer „Soft power“-Strategie, mit der die demokratischen Regierungen unter Bill Clinton und Barack Obama das außenpolitische Image der USA wieder herzustellen versuchten, das ihre konservativen Vorgänger vor allem durch militärische Interventionspolitik verspielt hatten.

Dass sich Wissenschaft aus außenpolitischer Sicht als Instrument anbieten würde, liegt nahe. Schließlich verschreibt sie sich der grenzüberschreitenden Wissensproduktion unabhängig von Partikularinteressen, Weltanschauung oder Herkunft. Gleichzeitig verzeichnete ihre Internationalisierung seit den 1990er-Jahren eine Dauerkonjunktur. Mehr und mehr Großforschungsinfrastrukturen, Förderprogramme und Austausch wurden bi- und multilateral organisiert, Forschungs- und Fördereinrichtungen errichteten Außenstellen, zumal die Hürden und Kosten von Mobilität und Kommunikation in den 2000er-Jahren deutlich sanken.

Mithin wurde auch in der Bundesregierung der politische Versuch unternommen, Wissenschaft unter dem Label „Science Diplomacy“ in den Dienst außenpolitischer Imagepflege und Einflussnahme zu stellen. Dies führte zunächst zu einer Konkurrenzsituation zwischen den mit internationaler Bildungs- und Forschungspolitik befassten Ressorts. Während das CDU-geführte Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2008 die Internationalisierungsstrategie auslobte und an die Hightech-Strategie von 2007 knüpfte, startete das SPD-geführte Auswärtige Amt (AA) 2009 recht unabgestimmt die Initiative „Außenwissenschaftspolitik“.

Das AA stärkte die Alexander von Humboldt Stiftung (AvH) und den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) finanziell, zudem baute es die binationalen Hochschulen aus und unterstützte die Einrichtung der Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäuser unter der anfangs ungern gesehenen Koordinierung des DAAD. Der internationalen Sichtbarkeit und Imagepflege deutscher Bildung und Forschung im Ausland mag dies stellenweise gutgetan haben.

Eine kohärente und abgestimmte Strategie für beziehungsweise mittels Wissenschaftsdiplomatie fehlt jedoch seither. Die Frage ist nun: Kann es sich Deutschland angesichts der enormen Relevanz internationaler Forschung, der immer deutlicher werdenden geopolitischen Spannungen und der grenzüberschreitenden Herausforderungen leisten, kein Interesse an einer kohärenten Science Diplomacy zu haben? Sollte die Projekt- und Personalförderung den Prinzipien der Pfadabhängigkeit oder Beliebigkeit überlassen werden? Sich von geopolitischen Krisen treiben zu lassen und nur zu reagieren, wenn die höchste Eskalationsstufe eintritt, wie am 24. Februar 2022? Zur Erinnerung: Weder die völkerrechtswidrige Annexion der Krim 2014 noch Russlands Krieg im Donbass bewegten die Bundesregierung und die Wissenschaftsorganisationen zu einem Stopp der deutsch-russischen Bildungs- und Forschungskooperationen.

Andere Staatsregierungen gehen mit ihrer Science Diplomacy weitaus strategischer vor. Nach einer klar definierten, nutzenorientierten Matrix werden Programme und Arbeitsaufträge ausgerichtet, spezifische Themen und Anliegen in bestimmten Staaten

zu verfolgen. Regelmäßig wird nachjustiert: Wo ergibt es Sinn, Beamte in Botschaften oder direkt in Technologie-Hotspots zu platzieren? Was genau sollen sie beobachten, welche Kooperationen sollen geschmiedet werden? Welche Kooperationen sollten besser beendet werden – bestehen Risiken (beispielsweise Knowhow-Spionage), die sogar dazu führen, den eigenen Wissenschaftlern die Förderung für spezifische Partnerschaften zu untersagen? Agiler ist zudem die Personalpolitik: Mitarbeiter anderer Ressorts werden als Wissenschaftsattachés entsendet, zum Beispiel aus den für Wissenschaft höchst relevanten Energie-, Umwelt-, Gesundheits- und Wirtschaftsressorts. Der Übergang in den (zeitweiligen) diplomatischen Dienst für Wissenschaftler und Wissenschaftsmanager gestaltet sich wesentlich leichter.

Schließlich wird in angloamerikanischer Tradition der wissenschaftlichen Beratung in den Außenministerien ein hoher Stellenwert eingeräumt. Science Advisors, oftmals für eine Zeit von ihrer Universität freigestellt, beraten mit ihren wissenschaftlichen Netzwerken die höchste Ebene der Außenministerien. In Großbritannien hat jedes Ressort einen prominenten Wissenschaftler zur Seite gestellt, koordiniert werden die Berater vom Chief Science Advisor, der den Premierminister berät. In einigen Fällen koordinieren diese Berater auch die Netzwerke der emittierten Wissenschaftsattachés oder bieten Inhouse-Schulungen an. Die Logik: Grenzüberschreitende Herausforderungen bedürfen unbedingt der (natur-)wissenschaftlichen Beratung. Außenpolitik kann sich eben nicht mehr allein mit traditioneller außen- und sicherheitspolitischer Beratung begnügen, die wir in der Regel in den Sozialwissenschaften verorten.

Die nächste Bundesregierung sollte von diesen Beispielen lernen. Sie kann die Chance nutzen, eine interessen- und wertegeleitete Science Diplomacy zu realisieren, so wie sie vor anderthalb Jahren im [Deutschen Bundestag](#) gefordert und intensiv debattiert wurde. Es braucht eine gemeinsam definierte Internationalisierungsstrategie, die den internationalen Aktionsradius von Bildung und Forschung absichert. Doch Bildung und Forschung sollten auch in einem gesunden Rahmen für außenpolitische Ziele genutzt werden können. Man darf und sollte sie durchaus mit Interessen versehen. So kann Science Diplomacy als Außenwirtschaftspolitik, als Sicherheitspolitik ebenso wie als Klima-, Energie- und Gesundheitspolitik wirksam sein. Denn Wissenschaft modernisiert und berät querschnittlich in allen Lebensbereichen.

Die Voraussetzung ist allerdings, dass Bildung und Wissenschaft in allen Bereichen mitgedacht werden. Science Diplomacy bietet die Chance auf international strategische Kooperationen, mehr Sichtbarkeit für den Innovationsstandort, bessere Absatzmöglichkeiten wissensintensiver Güter und Dienstleistungen sowie die Bewältigung komplexer, grenzüberschreitender Herausforderungen.

Tim Flink ist als Manager für Forschungspolitik und Zukunftstechnologien beim Verband der forschenden Arzneimittelhersteller (vfa) tätig. Im Deutschen Bundestag hat er den Abgeordneten Ruppert Stüwe im Forschungsausschuss und Unterausschuss Globale Gesundheit beraten. Zuvor befasste er sich an der Humboldt-Universität zu

Berlin und am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) mit Fragen der Wissenschaftsdiplomatie, der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik und Governance.

Science Diplomacy: Warum es eine neue Wissenschaftsdiplomatie braucht

Science Diplomacy steht vor einem Wendepunkt: Zwischen KI, geopolitischen Spannungen und neuem Nationalismus erklärt Jan Lüdert, warum Wissenschaftsdiplomatie heute strategischer, politischer und agiler gedacht werden muss.



Jan Lüdert, ist Programmleiter des Deutschen Wissenschafts- und Innovationshauses (DWIH) New York.

Herr Lüdert, warum ist Science Diplomacy wichtig?

Science Diplomacy ist aus meiner Sicht ein unterbewertetes Thema, aus realpolitischer Sicht bräuchte es dringend mehr Aufmerksamkeit. Wir leben in einem Zeitalter der technologischen Disruption mit KI als einem zentralen Treiber. Dieser rapide technische Fortschritt bietet einerseits riesiges Potenzial und birgt andererseits Unsicherheiten und Risiken, mit denen sowohl Wissenschaft als auch Politik umgehen müssen. Global gesehen hinken bislang Regierungen dem Tempo der Entwicklung politisch hinterher, neue Akteure treten auf den Plan. Gleichzeitig gibt es einen politischen Trend zum Rückzug auf die Ebene von Nationalstaaten, während wir an vielen Stellen multilaterale Antworten auf die großen Herausforderungen benötigen.

Wissenschaftsdiplomaten gelten als Brückenbauer. Sie nutzen Forschungsk Kooperationen zur Völkerverständigung. Ist Science Diplomacy eine reine

„Soft Power“?

Science Diplomacy bietet viel mehr und ist in Bezug zu aktuellen geopolitischen Verschiebungen realpolitisch zu verstehen. Bisher dominiert die kooperationsorientierte Sicht, die Wissenschaftsdiplomatie als ein Mittel zur Förderung des globalen Gemeinwohls betrachtet. Science Diplomacy kann aber auch wettbewerbsorientiert sein. Sie lässt sich für außenpolitische Zwecke nutzen und betont staatliche Interessen, etwa zur Sicherung strategischer Autonomie, technologischer Souveränität oder wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit. Auf die Dimensionen von Science Diplomacy haben die American Association for the Advancement of Science (AAAS) und die Royal Academy bereits vor 15 Jahren verwiesen. Inzwischen liegt auch eine erweiterte Definition der EU vor.

Das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus in New York hat in Washington D.C. ein Future Forum zu dem Thema veranstaltet. Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Science Diplomacy wird aus unserer Erfahrung anschaulich durch Praxis- und Fallbeispiele. Beim Future Forum waren daher Expertinnen und Experten aus aller Welt vor Ort, die gezeigt haben, wie es möglich ist, mit evidenzbasierten Methoden ganz praktische Science Diplomacy zu betreiben. Wir wollen damit eine Diskussion anstoßen über eine zeitgemäße Entwicklung von Science Diplomacy.

Über welche Herausforderungen diskutieren Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen?

Der Umgang mit Unsicherheiten angesichts technologischer Disruption ist ein zentrales Thema. Es geht darum, dies nicht nur als Problem, sondern als Teil einer Logik zu sehen, auf die wir mit agileren Methoden und Strukturen reagieren können. Ein zweites Thema ist der realpolitische Umgang mit geopolitischen Spannungen und die Rolle, die Wissenschaftsdiplomatie dabei spielen kann. Und drittens wird gerade in der Science Diplomacy-Community sehr aktiv darüber nachgedacht, welche neuen Akteure man mitdenken muss. Neben den großen US-Techkonzernen, die sich politisch einmischen, sind dies beispielsweise die Länder des Globalen Südens. Science Diplomacy sollte in Zukunft multilateraler und vielgestaltiger gedacht werden als in der Vergangenheit.

Braucht es eine neue Science Diplomacy?

Es braucht aus unserer Sicht auf jeden Fall mehr Kooperation und Austausch zwischen den zentralen Akteuren Wissenschaft und Politik. Dafür müssen sich beide Seiten weiterentwickeln, sowohl die Wissenschaft als auch die Politik. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollten bestenfalls wissen, welche Implikationen ihre Forschung für die Politik hat und diese auch kommunizieren. Und gleichzeitig sollte die Politik sich bemühen, die Wissenschaft zu verstehen, um sie für Gesetze, Regularien und Diplomatie zu berücksichtigen. Das ist dann eine gute Voraussetzung für ein gemeinsames Weiterentwickeln von Science Diplomacy. Zudem braucht es aus meiner Sicht agilere Formen der Umsetzung: Früher konnte man eine Policy erstmal statisch für gewisse Zeiträume festlegen und normativ verankern. Jetzt ist der technologische

Wandel so rasant, dass sich Wissenschaft und Politik aktiv mitentwickeln müssen. Beim AI Act der Europäischen Union probiert man solche Umsetzungsformen aktuell aus.

Welche Antworten kann Science Diplomacy auf das Erstarken von Nationalisten finden?

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollten sich über ihre gesellschaftliche Rolle bewusster werden und dafür ist professionelle Kommunikation wichtig. Wissenschaft muss sich der Gesellschaft erklärbar machen und dabei Unsicherheiten klar benennen. In der Schule, in Universitäten, aber auch in den Medien. Und für Politikerinnen und Politikerinnen gilt dies in ähnlicher Weise. Sie sollten kommunizieren, auf welchen, im besten Fall evidenzbasierten, Erkenntnissen ihre Entscheidungen basieren. Zugleich besteht die Herausforderung, dass die Gesellschaft diese Informationen kompetent verarbeiten können sollte. Hier haben gerade Kultur- und Sozialwissenschaften eine wichtige Aufgabe. Sie vermögen uns dabei zu helfen, Innovationsschübe gesellschaftlich zu verarbeiten.

Was sehen Sie als spezifische Aufgaben für Deutschland im Bereich Science Diplomacy?

Deutschland und Europa sollten Wissenschaftsdiplomatie aus einer Position der Stärke verstehen und strategischer betreiben. Wissenschaftsfreiheit ist ein Grundprinzip, über das sich unsere Gesellschaften positiv entwickelt haben und das Fortschritt ermöglicht. Wenn wir reaktiv mit Entwicklungen beispielsweise in China oder anderen Regionen umgehen, verlieren wir aus meiner Sicht das, was uns stark macht. So gilt es mit Blick auf China globale Allianzen zu bilden, um im Wettbewerb eine gute Position zu behalten. Gleichzeitig dürfen wir die Länder Afrikas nicht aus dem Blick verlieren, wo sehr viel in Bewegung ist. Ich habe dort selbst lange gearbeitet und gelebt. China bemüht sich sehr um Verbindungen auf diesem Kontinent und man nimmt das Verhältnis zu China auf Augenhöhe wahr. Hier liegen große Herausforderungen für uns.

Was kommt auf Sie zu in der transatlantischen Science Diplomacy?

Wir wollen die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA ausbauen: Eine konkrete Idee ist, einen Inkubatorenaustausch zu organisieren, um die Verbindung von Wissenschaft und forschender Wirtschaft zu stärken. Außerdem gibt es Pläne, um stärker abseits der US-Küsten aktiv zu werden. Wir sollten bei Kooperationen auch weiterhin auf Aspekte wie Nachhaltigkeit und Diversität setzen. Dies würde Forschenden in den USA Rückhalt geben und zugleich das wissenschaftliche Ökosystem sowie seine Verbindungen nach Deutschland und Europa stärken. Last but not least: Ein gemeinsamer Ansatz mit den USA zur Harmonisierung der Forschungssicherheit wäre sicherlich sinnvoll.

Jan Lüdert ist Programmleiter des Deutschen Wissenschafts- und Innovationshauses New York. Als Politikwissenschaftler beschäftigt er sich auch in seiner wissenschaftlichen Arbeit mit dem Thema Science Diplomacy. Er hat in diesem Jahr

ein Future Forum mit dem Titel: „Science Diplomacy in an Era of Technological Disruption“ in Washington D.C. veranstaltet und koordiniert ein Buchprojekt dazu mit deutschen und internationalen Expertinnen und Experten.

Positionspapier zu Wissenschaftskooperationen: Wo die Unesco Handlungsbedarf sieht

Forschende wollen Gleichberechtigung in internationalen Kooperationen leben, aber die Rahmenbedingungen verhindern es. Das ist der Tenor eines aktuellen Positionspapiers der deutschen Unesco-Kommission. Konkrete Verbesserungsvorschläge liefert man gleich mit.



Lutz Möller, stellvertretender Generalsekretär der deutschen Unesco-Kommission und Anna-Katharina Hornidge, Vorsitzende des Fachausschusses Wissenschaft der Deutschen Unesco-Kommission.

Um globale Herausforderungen gemeinsam angehen zu können, müssen internationale Wissenschaftskooperationen mit Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen gleichberechtigt und auf Augenhöhe ausgestaltet werden. Das ist die Botschaft eines neuen Positionspapiers, das die deutsche Unesco-Kommission in dieser Woche in Bonn vorgestellt hat (zum PDF [hier](#)). Es gebe in der deutschen Wissenschaftscommunity zwar einen breiten Konsens darüber, in der Praxis werde Gleichberechtigung aber zu selten umgesetzt, sagt Anna-Katharina Hornidge, Vorsitzende des Fachausschusses Wissenschaft der Deutschen Unesco-Kommission, im Gespräch mit *Table.Briefings*.

„Wir erleben auf der Ebene der multilateralen Verhandlungen immer wieder, dass das Berufen auf wissenschaftliche Erkenntnisse im Umgang mit den globalen Herausforderungen, die häufig aus den Wissenschaftssystemen von Hocheinkommensländern stammen, als neuer, teils auch ‚grüner‘ Kolonialismus wahrgenommen wird“, sagt Hornidge, die Direktorin des German Institute of Development and Sustainability (IDOS) und Professorin der Universität Bonn ist. Ungleiche Wissenschaftskooperationen würden daher die Fronten zu Zeiten globaler

Machtverschiebungen zusätzlich verhärten. Gleichberechtigte, reziproke Partnerschaften seien kein philanthropischer Selbstzweck, sondern lägen vielmehr im Eigeninteresse Deutschlands.

„Ein Papier, auf das man sich in Zukunft berufen kann“. In der deutschen Wissenschaftslandschaft gebe es zudem eine gewisse Unzufriedenheit darüber, dass viele Forschende auf Arbeitsebene längst gleichberechtigte Kooperationen leben wollen. Die Rahmenbedingungen, Normen oder rechtliche Verwaltungsvorschriften würden das aber in der ein oder anderen Art verhindern, sagt Lutz Möller, stellvertretender Generalsekretär der deutschen Unesco-Kommission. „Die Zeit drängt, weil wir in der gegenwärtigen geopolitischen Situation, in der sich die Verhältnisse zwischen den Weltregionen neu ordnen, auch stärker um Partner werben müssen. Und wir können unsere Partner nur dann überzeugen, wenn wir es wirklich ernst meinen.“

Mit ihrem Papier richtet sich die deutsche Unesco-Kommission an Wissenschaftsförderer, wissenschaftliche Einrichtungen und Wissenschaftler sowie politische Akteure. Man habe, räumt Hornidge ein, im Prinzip keine gänzlich neuen Erkenntnisse, sondern kuratiere in zwölf konkreten Impulsen Handlungsansätze, um Kooperationen gleichberechtigter zu gestalten. „Wir möchten zum einen deutlich machen: Die Politik ist hier gefordert. Zum anderen möchten wir den Akteursgruppen für die Zukunft ein Papier an die Hand geben, auf das sie sich berufen und wonach sie sich ausrichten können“, sagt die Wissenschaftlerin und Forschungsmanagerin.

Man habe mit deutschen, europäischen und internationalen Partnern das Thema reflektiert und anschließend im Fachausschuss diskutiert, in dem neben dem Bundesforschungsministerium auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Alexander-von-Humboldt-Stiftung und der Deutsche Akademische Austauschdienst sitze. Eine Erstversion habe man in einem zweitägigen Workshop mit internationalen Vertretern diskutiert und von internationalen Wissenschaftsakademien und -gemeinschaften kommentieren lassen. Alle Akteure seien daran interessiert, jetzt ein Momentum zu schaffen, sagt Lutz Möller.

Beispiel für praktische Grenzen: Projektgelder und Versicherungen. „Wir haben zu dem Thema auch alle deutschen Wissenschaftsförderer systematisch befragt. Eigentlich alle haben in ihren Statuten oder Strategiedokumenten ein klares Bekenntnis zu ‚Kooperationen auf Augenhöhe‘, in der Umsetzung kommt man dann allerdings immer wieder an Grenzen“, sagt Hornidge. Ein konkretes Problem, das immer wieder beschrieben werde, sei etwa die Weiterleitung von Projektgeldern. So sei es zwar theoretisch möglich, Fördergelder weiterzugeben, das Haftungsrisiko und den Prüfauftrag müsse dann aber die weiterleitende deutsche Institution tragen, die damit meist schlichtweg überfordert sei.

In Fällen wie diesen sei der Gesetzgeber gefragt, Änderungen herbeizuführen. In anderen könnten auch die Wissenschaftsorganisationen ihren Teil beitragen. Es komme zum Beispiel in der Feldforschung in riskanten Regionen vor, dass Wissenschaftler, mit denen man vor Ort zusammenarbeiten will, nicht mitversichert

werden. „Wenn ich also archäologische Forschung im Irak betreibe, führt das oft dazu, dass der deutsche Wissenschaftler über das Projekt versichert ist, der irakische aber nicht, was bei Partnern zu berechtigter Irritation und Verstimmung führt.“ Hier seien praktikable Lösungen gefragt, die für Augenhöhe sorgen, sagt Lutz Möller.

Impulse zu Agenda-Setting, Pluralismus und dem Publikationsprozess. Das Positionspapier stellt in zwölf Impulsen konkrete Handlungsansätze vor, um die Lücke zwischen normativem Anspruch und Kooperationspraxis zu schließen. Sie umfassen beispielsweise neue Initiativen für gemeinsames Agenda-Setting von Förderlinien, mehr Offenheit gegenüber der Pluralität von Wissen und Wissensträgerinnen und -trägern im Antragsprozess sowie eine gleichberechtigte Organisation des Publikationsprozesses.

Mit Blick auf die Relevanz eines gemeinsamen Agenda-Settings verweist Hornidge auf eine Studie zum indonesischen Wissenschaftssystem. Hier sei deutlich geworden, dass die englischsprachigen Publikationen indonesischer Wissenschaftler sich deutlich von der nationalen Wissenschaftsagenda unterscheiden. „Viele Projekte sind mit internationalen Geldern durchgeführt worden und richteten sich somit proportional mehr nach den Themen internationaler Förderrichtlinien als nationaler Schwerpunktsetzungen.“ Daher sei es für Geldgeber und die Wissenschaftspolitik wichtig, an einem Strang zu ziehen und strategisch darauf zu achten, Schwerpunkte gemeinsam zu setzen.

Exzellenz-Definition: Massives Umsetzungsproblem bei Agenda 2030. Das Thema Pluralismus sei in vielen Bereichen wichtig. Einerseits, wenn es darum geht, durch Anforderungen in den Ausschreibungen auf die paritätische Besetzung von Forschungsteams zu achten, also auch dort mit Wissenschaftlerinnen zusammenzuarbeiten, wo diese schwer zu finden seien. Andererseits auch mit Blick auf die beteiligten Akteure: „Es kann notwendig sein, früh lokale Unternehmen und Verbände einzubeziehen, damit die Forschung möglichst anwendungsorientiert Lösungs- und Transformationsansätze entwickeln kann, die den lokalen Bedingungen entsprechen und gleichzeitig als Teil der Wissenschaftskooperationen die für die Umsetzung notwendigen Akteursnetzwerke ausbilden.“

Nicht nur die Räume für zivilgesellschaftlichen Austausch würden geringer, sondern auch die für globale Wissenschaftskooperationen. Deshalb sei das Papier auch der Anstoß zu einem Aushandlungsprozess. „Wir müssen uns entscheiden, mit welchen Regionen Deutschland trotz schwieriger Situation (weiter) kooperieren möchte, jenseits der Frage, ob und welche potenziell autokratische Regierung gerade an der Macht ist.“ Um die Sicherheit der Forschenden zu gewährleisten, müsse man mit fokussierter Kraftanstrengung an bilateralen Abkommen arbeiten.

Was uns der israelisch-palästinensische Konflikt über Wissenschaftsdiplomatie lehrt

Die Theorie der Wissenschaftsdiplomatie muss um eine realistische Sichtweise erweitert werden. Es gilt die Herausforderungen zu berücksichtigen, die entstehen, wenn politische Konflikte eskalieren.



Experten für Science Diplomacy in Nahost: Yoran Beldengrün, Ronit Praver und Mahmoud Khweis.

Nirgendwo ist die Wissenschaftsdiplomatie so dringlich wie im Zusammenhang mit einem der komplexesten Konflikte unserer Generation : dem zwischen Israelis und Palästinensern. Der Blick auf die existierenden und durchaus vielfältigen Wissenschaftskooperationen zwischen beiden Völkern zeigt zugleich eine Lücke in unseren Vorstellungen von Wissenschaftsdiplomatie auf: Bisher wird die Idee, dass Wissenschaft für die Diplomatie nützlich sein kann („Science for Diplomacy“) weitgehend als Strategie für eine allmähliche Annäherung der Beziehungen betrachtet. Initiativen, die sich in eskalierenden oder akuten Konflikten bewegen, wird weniger Aufmerksamkeit geschenkt.

Wie können wir also das Paradigma der Wissenschaftsdiplomatie um eine realistische Sichtweise dessen erweitern, was Wissenschaftsdiplomatie inmitten eines Konflikts erreichen kann? Und welche Verantwortung trägt die Wissenschaftsdiplomatie angesichts von Sanktionen oder Boykotten, die mit akuten Konflikten einhergehen – insbesondere solchen, die sich absichtlich gegen die Zusammenarbeit und den Wissenschaftsbetrieb richten?

Diese drei Realitäten werden oft ignoriert. Wer wissenschaftliche Zusammenarbeit in einer Konfliktregion plant, muss drei Realitäten berücksichtigen, sonst drohen die

Bemühungen zu scheitern.

Wissenschaftsdiplomatie hilft Stereotype abzubauen. Die Komplexität des israelisch-palästinensischen Konflikts zu erörtern, würde den Rahmen dieses Beitrags bei weitem sprengen. Klar ist jedoch: Beide Völker werden in ihrem „zweimal versprochenen Land“ bleiben. Viele in der Region glauben fest daran, dass die Wissenschaftsdiplomatie ein Motor der Zusammenarbeit ist und zu einer Koexistenz führen kann. Gemeinsame wissenschaftliche Projekte zwischen Palästinensern und Israelis können zu einer Vermenschlichung des anderen führen, Stereotypen abbauen, Empathie und Vertrauen fördern.

Wissenschaftsdiplomaten müssen jedoch eine realistische Vorstellung davon haben, was in Konflikten erreicht werden kann und was nicht. Dazu müssen wir uns auf Initiativen in Bereichen konzentrieren, die eine große Wirkung haben.

Zusammenarbeit bei gemeinsamen Ressourcen ist von existenzieller Bedeutung. Anders als entfernte geopolitische Rivalitäten wie USA-China oder USA-Russland liegen Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete räumlich nebeneinander. Sie teilen sich grenzüberschreitende natürliche Ressourcen und haben mit denselben Klimaproblemen zu kämpfen. Eine Zusammenarbeit bei Dual-Use-Technologien kommt nicht infrage, aber die Zusammenarbeit bei gemeinsamen Ressourcen ist von existenzieller Bedeutung.

Initiativen der Wissenschaftsdiplomatie sollten sich auf die Bereiche Umwelt, Klima, Landwirtschaft und öffentliche Gesundheit konzentrieren: Bereiche, die gemeinsam angegangen werden müssen, um reale Lösungen zu schaffen.

Auch die Macht der Marktwirtschaft kann helfen: Jedes Jahr schließen 46.000 Palästinenser ihr Studium ab, haben aber Schwierigkeiten, einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden. Israel ist in hohem Maße auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, um seinen Bedarf auf dem Arbeitsmarkt zu decken.

Ein Aufruf zu konstruktivem Engagement. Das im Jahr 2010 veröffentlichte [Grundlagenpapier](#) der AAAS und der Royal Society lieferte die ersten Definitionen für die Wissenschaftsdiplomatie überhaupt. Fünfzehn Jahre später müssen wir noch weiter gehen, um etwas viel Schwierigeres zu formulieren – einen Satz von Wertvorstellungen.

Der Beweis, dass wissenschaftliche Initiativen dazu beitragen, den israelisch-palästinensischen Konflikt zu entschärfen, ist bisher nicht erbracht. Doch es gibt mutige Forscher, die sich gemeinsam um eine bessere Zukunft für die Region bemühen. Und das stimmt zutiefst hoffnungsvoll. Wenn wir als Gemeinschaft wirklich an die Kraft von „Science for Diplomacy“ glauben. Wir müssen für diese Überzeugung eintreten und uns gegen Sanktionen oder Boykotte aussprechen, die sich entweder absichtlich oder unabsichtlich gegen die Wissenschaftler richten, die mutig genug sind, zusammenzuarbeiten.

Yoran Beldengrün ist ein Schweizer leitender wissenschaftspolitischer

Strategieberater bei SIRIS Academic in Barcelona/Spanien, sein Fachgebiet ist unter anderem die Wissenschaftsdiplomatie im Nahen Osten.

***Ronit Prawer** ist Wissenschaftsdiplomatin, Politikberaterin und Pädagogin. Sie war drei Jahre lang Wissenschafts-Attachée des britischen Botschafters in Tel Aviv und hat die ersten britischen Wissenschaftsdiplomatie-Programme in der Region konzipiert.*

***Mahmoud Khweis** ist Unternehmer aus Jerusalem. Er war an den zivilgesellschaftlichen (Track-II) Verhandlungen zwischen Israel und Palästina beteiligt und hat unter anderem mit der UNO, der Weltbank und USAID zusammengearbeitet. Er ist Gründer von Jinnovate, (Jerusalems erstes Zentrum für Gesundheitstechnologie).*

Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung der Perspective „[Science Diplomacy in Troubled Times: What the Israeli-Palestinian Conflict Teaches us about Science Diplomacy](#)“ im Magazin Science Diplomacy.

